

**Bodo Zeuner**

**„Solidarität“ mit der SPD oder Solidarität der Klasse?  
Zur SPD-Bindung der DGB-Gewerkschaften**

**I. Vorbemerkung: Zur Vorgehensweise**

Es geht in diesem Aufsatz um die gegenwärtige Tendenz der westdeutschen Gewerkschaftsorganisationen, das eigene Handeln bei der Zusammenfassung der Lohnabhängigeninteressen den Erfordernissen der Politik der regierenden SPD unterzuordnen. Es soll untersucht werden, welchen Stellenwert diese SPD-Bindung derzeit für die Entfaltung der Klassenbewegung hat, welches gegenwärtig die materiellen Grundlagen dieser Bindung sind und welche Perspektiven sich daraus für eine Klassenpolitik der Gewerkschaften ergeben können. Die folgende Analyse geht von einer gegenwärtig beobachtbaren Oberflächenerscheinung aus und versucht, diese Erscheinung unter Zuhilfenahme bisher entwickelter materialistischer Ansätze zu erklären. Am Ende wird eine Richtung angedeutet, in der diese Erklärungen erweitert oder ergänzt werden müßten.

Die SPD-Bindung der DGB-Gewerkschaften wird von den Linken in den Gewerkschaften in den letzten Jahren als verschärft und repressiv durchgesetzte Tendenz zur „sozialdemokratischen Richtungsgewerkschaft“ (1) erfahren. Diese Erfahrung der Übermacht eines mehrheitlich rechtssozialdemokratischen Apparats, die sowohl einschüchternd auf die Sozialisten im Apparat als auch blockierend auf die Interessenartikulation in den Betrieben wirkt, führt zu sehr unterschiedlichen Reaktionen: Bei den einen zu einer Strategie der Defensive, des Bündnisses mit Teilen der Sozialdemokratie, getragen von der Hoffnung auf konsequent-reformistische Kader innerhalb des SPD-Spektrums (2); bei den anderen zu einer Strategie des offensiven Aufbaus einer Klassenbewegung vorbei an SPD und den als hoffnungslos SPD-beherrschte angesehenen Gewerkschaften (3).

Diese im Rahmen der Zeitungen des Sozialistischen Büros geführte Diskussion ist nur Ausdruck von Diskussionen, die innerhalb der Gewerkschaften selbst beginnen: Bei der Gewerkschafts-Linken reichen die Konsequenzen von der 1976 kolportierten Äußerung eines Vorstandsmitglieds, die SPD müsse die Wahl verlieren, damit die Gewerkschaften wieder eine eigene Politik machen könnten, bis zur Verzweiflung derjenigen, die in den Unvereinbarkeitsbeschlüssen und ihrer Durchsetzung den Ausdruck einer innergewerkschaftlichen Faschisierungstendenz

1 So in der Diskussion der SB-Zeitung „links“ übereinstimmend H.E.Brand, Nr. 70 (Oktober 75), S. 15, und Ernst Wedekind, Nr. 71 (November 75), S. 15

2 So z.B. Wedekind, a.a.O.; ähnlich: Kollegen aus der Arbeiter-Bildung in „express“ 5/76, S. 15

3 So z.B. bei H.E.Brand a.a.O., und bei C.Arman u.a. in „express“ 6/7/76, S. 7 f.

sehen. Die Wahl vom 3. Oktober 1976 hat die SPD-Bindung der Gewerkschaften vermutlich eher gestärkt als geschwächt: Zum einen wird sich auf Grund der knappen Mehrheit der sozialliberalen Koalition der Parteidruck auf die Gewerkschaften verstärken, schon bei jeder Forderung auf die gefährdete Regierung Rücksicht zu nehmen. Zum anderen – und das ist wichtiger – wird die Tatsache, daß trotz zweijähriger Wirtschaftskrise die SPD bei den Arbeitern kaum Wahleinbrüche erlitten hat, als Ausweis eines Vertrauens in sozialdemokratische Politik, dem sich die Gewerkschaften zu beugen haben, interpretiert werden.

Es ist daher für Sozialisten, die in den Gewerkschaften arbeiten, heute entscheidend wichtig, sich darüber klar zu werden, welche materiellen Grundlagen die SPD-Bindung der westdeutschen Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften derzeit hat. Dazu will die folgende Analyse einen Beitrag leisten, indem sie zunächst die gegenwärtige SPD-Bindung als erklärungsbedürftigen empirischen Befund näher beschreibt und anschließend die dafür möglichen Erklärungen diskutiert.

## II. Die gegenwärtige SPD-Bindung der westdeutschen Gewerkschaften als erklärungsbedürftiger Befund

Bei der Bundestagswahl am 3. 10. 76 hat die SPD kaum Einbrüche in ihre Stammwählerschaft der protestantischen Arbeiter erlitten. Es gab keine ins Gewicht fallende Hinwendung von Arbeitern zu Parteien links von der SPD, und auch unter denjenigen, die von der SPD zur CDU/CSU oder zur Gruppe der Nicht-Wähler abgewandert sind, befanden sich protestantische Arbeiter in unterdurchschnittlichem Maße (4). Dies ist freilich nicht mehr als ein Indiz für die hier zur Diskussion stehende *gewerkschaftliche* SPD-Bindung. Es könnte ja sein, daß auf Grund der Polarisierung von rechts und der Einsicht in den offen reaktionären Charakter der CDU/CSU, verbunden mit dem Erpressungsmechanismus der 5 %-Klausel, die SPD-Wahl lediglich Ausdruck einer als realistisch verstandenen Umsetzung der eigenen Interessen auf die staatlich-politische Ebene war, mit dem sich keine darüber hinausgehende Bereitschaft verbindet, sich in den eigenen, gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten von Rücksicht auf oder Loyalität zur SPD bestimmen zu lassen; vergleichbar etwa der begrenzten Wahlbindung der amerikanischen organisierten Arbeiterklasse an die Demokratische Partei. Dafür, daß es sich bei der SPD-Bindung der westdeutschen Arbeiterklasse um mehr als ein rein „instrumentelles“ Verhalten handelt, sprechen auf der empirischen Ebene folgende Gründe:

1. Das Wahlverhalten der Arbeiter, insbesondere der gewerkschaftlich organisierten Facharbeiter, ist seit drei Bundestagswahlen stabil. Die Wahlbindung an die SPD bleibt relativ unabhängig von den ökonomischen und politischen Erfahrungen der Klasse, die seit dem Regierungseintritt der SPD vor 10 Jahren gemacht wurden. Bei den Wahlen vom 3. 10. 76 z.B. lag der Stimmenrückgang der SPD in Distrikten

4 Vgl. die Wahlanalyse von Horst W. Schmollinger/Richard Stöss in diesem Heft. Nach dieser Analyse verlor die SPD allerdings bei den katholischen Arbeitern von 1969 und 1972 gewonnenen Zuwachs (vgl. Tabelle 12 bei Schmollinger/Stöss) an die CDU/CSU.

mit hoher Arbeitslosigkeit unter dem Durchschnitt (5). Alle diese Indizien sprechen dafür, daß die bei der Wahl sich ausdrückende politische Bindung an die SPD als Block neben den im Produktionsprozeß erfahrenen Interessen steht, keineswegs aber von diesen Interessen her instrumentalisiert wird. In die gleiche Richtung deutet eine vor der Bundestagswahl 1969 unternommene Arbeitnehmerbefragung: Danach stehen sich bei den Arbeitnehmern – und noch stärker bei den Arbeitern – ein kritisches Bild von der auf Ungleichheit der Ausgangspositionen beruhenden Gesellschaft und eine hohe Identifikation mit dem politischen System, insbesondere mit der SPD in diesem System, unvermittelt gegenüber (6).

2. Auch außerhalb des Wahlakts haben krisenbetroffene Arbeiter ihren Protest und ihre Unzufriedenheit kaum irgendwo auf einer Ebene manifestiert, auf der die SPD-Regierungspolitik als gegen die Interessen der Arbeiter gerichtet thematisiert wurde. Sofern Arbeiter in einzelnen Betrieben Widerstand leisteten, geschah dies fast immer im Rahmen der Gewerkschaften unter weitgehender Aussparung der SPD-Politik und des SPD-regierten Staates. Selbst die einzige DGB-Gewerkschaft, die seit Beginn der Krise die Spielregeln sozialdemokratischer Einkommenspolitik offensiv durchbrach, die IG Druck und Papier im Druckerstreik 1976, kritisierte in ihrer Agitation zwar die Bindung der Gewerkschaften an Lohnleitlinien, sparte aber bei der Benennung der Urheber dieser Lohnleitlinien die regierende SPD konsequent aus (7). Diese Technik der Argumentation scheint ziemlich präzise die äußersten Grenzen zu kennzeichnen, bis zu denen im derzeitigen DGB-Rahmen eine von den Mitgliederinteressen bestimmte Gewerkschaftspolitik sich gegen die SPD-Bindung vorwagen darf, ohne die Unterstützung der anderen Gewerkschaften (8) zu verlieren.

3. Der wichtigste Beleg für die SPD-Bindung liegt freilich gerade darin, daß eine Aktion wie der Druckerstreik, die *objektiv*, wenn auch unausgesprochen, gegen die Imperative sozialdemokratischer Regierungspolitik verstößt, bisher eine Ausnahme geblieben ist. Seit Beginn der Krise war die Politik der Gewerkschaftsführungen vielmehr darauf gerichtet, der regierenden SPD den Rücken freizuhalten:

- auf der propagandistischen Ebene wurden die von der SPD entwickelten Darstellungen, Erklärungen und Lösungskonzeptionen der Krise weitgehend übernommen;
- auf tarifpolitischer Ebene ordneten sich Forderungen und Abschlüsse der Regierungsstrategie unter, nach der nur durch lohnpolitische Zurückhaltung die In-

---

5 Vgl. Schmollinger/Stöss, S.

6 Infratest: Wählerforschung, Band I, die Arbeitnehmer, Vorbericht, Hekt. Ms., München, November 1968, S. 10 und 25

7 Das geschah in gekonnt-verdeckten Formulierungen, z.B. in „druck und papier“ 12/76: „Ja, die Unternehmer hatten die Frechheit, sich bei dieser Grenze (6 %, B.Z.) auf die Bundesregierung zu berufen: Die Lohnerhöhung müsse im Interesse der staatlichen Wirtschaftspolitik in jedem Fall unter 6 Prozent liegen“. Als Urheber von Lohnleitlinien werden „die Bundesbank, Politiker und staatlich bestellte Wirtschaftssachverständige“ genannt.

8 Diese Unterstützung war im Druckerstreik ohnehin unzureichend, vgl. den Beitrag von Hans Georg Fritz, Bezirksvorsitzender Frankfurt der IG DruPa in „druck und papier“ 15/76, S. 16

vestitionsbereitschaft der Unternehmer und damit der Abbau der Arbeitslosigkeit gesichert werden könne.

- auf der Ebene der Interessenartikulation wurden Ansätze zur politischen Mobilisierung der von der Krise am stärksten Betroffenen blockiert und kanalisiert, insbesondere das Arbeitslosenproblem wurde aus der Zuständigkeit der Gewerkschaften weitgehend wegdefiniert und in die Kompetenz des Staates verwiesen.

Auf propagandistischer Ebene war die Unterordnung unter die regierende SPD in der ersten Krisenphase am ausgeprägtesten: Damals haben die publizistischen Organe des DGB und der Einzelgewerkschaften

- zu Beginn der Massenarbeitslosigkeit die Politik des Herunterspielens der Arbeitslosenziffern im Gefolge der SPD-Regierungspolitik konsequent mitgemacht: Das WSI prognostizierte z.B. im Oktober 1974, als bürgerliche Wirtschaftsforschungsinstitute bereits Arbeitslosenzahlen von einer Million voraussagten, zum Jahresende nur 0.7 Mio. Arbeitslose (9);
- das im Dezember 1974 von der Regierung beschlossene Programm der Investitionssubventionierung für Unternehmer begrüßt, obwohl es im Gegensatz zu der gewerkschaftlichen Forderung nach Erhöhung der Staatsinvestitionen stand (10);
- die Krisenerklärungen der Bundesregierung (naturgegebene Weltwirtschaftskrise, Öl-Verteuerung) voll übernommen (11) und durch Hinweise auf „wirtschaftspolitisches und unternehmerisches Fehlverhalten“ (12) ergänzt, wobei das wirtschaftspolitische Fehlverhalten meist der Bundesbank, später zuweilen auch FDP-Bundeswirtschaftsminister, niemals aber der SPD-Mehrheit in der Regierung angelastet wurde.
- ein unbegrenztes Vertrauen in die staatliche Krisenmanagement-Kapazität propagiert: „Inzwischen hat die Wirtschaftspolitik gelernt, jedenfalls mit Beschäftigungskrisen fertig zu werden.“ (13)

Inzwischen ist die gewerkschaftliche Krisenbeurteilung differenzierter geworden. In seinem Kommentar zum 10-Punkte-Programm der IG Metall vom September 1975 distanzierte sich Eugen Loderer von „Schönfärberei“ und bekannte sich zur Abwehr von sozialer Demontage in der Krise (14).

Insbesondere in Stellungnahmen des WSI wurde die kapitalistische Wirtschaftsverfassung als Ursache der Krise benannt (15). Nirgends wurde jedoch erkennbar, in welcher Weise die Gewerkschaften aus solchen Erkenntnissen politische Konsequenzen ziehen würden.

Auf tarifpolitischer Ebene haben sich die Einzelgewerkschaften mit Ausnahme der IG Druck und Papier 1976 bei ihren Abschlüssen vollständig im Rahmen der

---

9 FAZ, 23. 10. 74  
10 Vgl. Georg Neemann: „Das Wirtschaftstief wird 1975 überwunden“, in: Die Quelle 1/75, S. 7 f.  
11 Vgl. Neemann, ebenda; Günter Pehl: „Ölmilliarden gefährden Weltwirtschaft“ in: Die Quelle 11/1974, S. 436-438  
12 Heinz O. Vetter: „1975 wird ein Jahr der Bewährung“, in: Die Quelle, 1/75, S. 1  
13 G. Pehl in: Die Quelle 11/74, S. 438  
14 „Metall“ 19/1975, S. 2  
15 Vgl. etwa WSI-Mitteilungen Nr. 12/1975

von der Bundesregierung gesetzten Orientierungsdaten gehalten: IG Metall (Metallindustrie) 1975: 6,8 %, 1976: 5,4 %; ÖTV 1975: 6,0 %, 1976 5 %, mindestens 85 DM. Im Gegensatz zu früheren Aussagen, nach denen die Krise durch Steigerung der Massenkaukraft überwunden werden müsse (16), wurde in den gewerkschaftlichen Begründungen der niedrigen Abschlüsse die Argumentation von Sachverständigenrat, Unternehmern und Bundesregierung übernommen, nach der die Unternehmer nur durch Lohnkostensenkung zu höheren Gewinnen, damit zu mehr Investitionen und damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen gebracht werden könnten: „Die Gewerkschaften haben mit den maßvollen Tarifabschlüssen zur Überwindung der Beschäftigungskrise beigetragen.“ (17) Das 6 %-Ergebnis der ÖTV 1975 war, so Heinz Kluncker, „ein Abschluß der Solidarität mit den Arbeitslosen und denjenigen Arbeitnehmern, die Kurzarbeit leisten“ (18).

Auf der Ebene der Interessenartikulation haben die Führungen der DGB-Gewerkschaften während der Krise keinerlei Versuch unternommen, die Massenarbeitslosigkeit durch Mobilisierung der Betroffenen zu einem politischen Thema zu machen. Im Mai-Aufruf des DGB von 1975 kam der Begriff „Arbeitslosigkeit“ nicht vor; die gegebene Situation wurde mit dem Begriff „Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt“ (19) umschrieben, in ähnlicher Weise verfuhr der DGB-Bundeskongreß vom Mai 1975 (20). Die einzige DGB-Großkundgebung gegen Arbeitslosigkeit am 8.11.1975 in Dortmund fand mit kontingentierten Teilnehmerzahlen in einer zu kleinen, polizeilich gut bewachten Halle statt. Der DGB-Vorsitzende Vetter lenkte vom Thema Arbeitslosigkeit auf das Thema Mitbestimmung ab: „Hätten wir diese Mitbestimmung schon in der gesamten Wirtschaft . . . dann wäre es nicht zu einer Arbeitslosigkeit von diesen Ausmaßen gekommen.“ (21) – freilich nur um wenige Tage später den die gewerkschaftliche Paritätsforderung mißachtenden SPD-FDP-Kompromiß in der Mitbestimmungsfrage hinzunehmen.

Die Erfahrung, daß die Arbeitslosigkeit trotz beginnenden Aufschwungs kaum abgebaut wurde, hat inzwischen zu einem erhöhten Problemdruck in den Gewerkschaften geführt. In einem „Spiegel“-Gespräch kurz vor der Bundestagswahl kündigte Heinz Oskar Vetter an: die Gewerkschaften würden „ungeduldig . . . gegenüber jeder Regierung reagieren, ganz egal wer sie stellt, die nicht sehr bald und konkret die strukturelle Arbeitslosigkeit bekämpft.“ Zugleich aber räumte Vetter, auf die Arbeitslosigkeit befragt, ein: „Während des Wahlkampfes können wir die Sache in erforderlichem Maße kaum verfolgen“. (22)

Insgesamt ist also die Politik der Gewerkschaftsführungen auf den drei genannten Ebenen während der Krise durch eine Kontinuität der Rücksichtnahme auf

16 Z.B. G.Pehl: „Der Aufschwung kommt nur mit staatlicher Hilfe“, in: Die Quelle 9/74, S. 338 f.

17 Die Quelle 3/75, S. 97

18 Ebenda

19 Die Quelle 4/75, S. 145

20 Vgl. Hajo Funke, Christel Neusüß: „Wirtschaftskrise und Krise der Gewerkschaftspolitik“ in: PROKLA 19-21, S. 183

21 Zitiert nach „express“, 12/75, S. 8

22 „Spiegel“ 38/76, S. 103

die regierende SPD bestimmt, die durch die unvermutet lange Dauer der Krise und der Krisenfolgen zwar modifiziert, aber nicht aufgehoben wird.

Erklärungsbedürftig ist aber nicht nur dieses, stärker an der „Vernunft“ sozialdemokratischer Regierungspolitik als an den unmittelbaren Interessen der Lohnarbeiter orientierte Verhalten der Mehrzahl der Gewerkschaftsapparate und -führungen. Erklärungsbedürftig ist vielmehr auch der *Erfolg* dieser Politik, also die Bereitschaft der Gewerkschaftsmitglieder, sich mit der Nicht-Ausschöpfung von Kampfkraft, mit der Nicht-Thematisierung der Krisenfolgen für die eigene soziale Lage und mit der Nicht-Organisierung von Widerstand durch die SPD-gebundenen Gewerkschaftsführungen abzufinden.

Gegen diesen Befund spricht auch nicht die Tatsache, daß sich mit fortdauernder Beschäftigungskrise in den Betrieben und auf unteren und mittleren Ebenen der Gewerkschaftsapparate Diskussionen über das Versagen der auf Vollbeschäftigung beruhenden bisherigen Betriebsrats- und Gewerkschaftspolitik und über neue Formen der gewerkschaftlichen Interessenartikulation entwickeln (23). Denn diese Diskussionen und auch die praktischen Aktionen des betrieblichen Widerstands haben sich – mit Ausnahme der IG Druck und Papier – an keiner Stelle als mächtig genug erwiesen, um die SPD-gebundene Politik der Führungen auf den drei genannten Gebieten in Frage zu stellen. Kennzeichnend für den gegenwärtigen Entwicklungsstand scheint vielmehr zu sein, daß die SPD-Bindung von den versprengten linken Minderheiten im Apparat noch eher als unterdrückend wahrgenommen wird als von den meisten aktiven Kollegen in den Betrieben (24).

SPD-Bindung der DGB-Gewerkschaften wird hier also nicht im Sinne des CDU-Generalsekretärs Kurt Biedenkopf als „Verfilzung“ und wahlpolitische Unterstützung verstanden (25), sondern als Bindung, die das Handeln der Gewerkschaften als Organisation der Lohnabhängigen, d.h. auch das Handeln der einzelnen Arbeiter und Angestellten in ihrer Gewerkschaft selber, beeinflusst. Auf Grund ihrer SPD-Bindung verhält sich die Gewerkschaft als Gesamtorganisation der Arbeitnehmer dort, wo sie Interessen der Lohnabhängigen zusammenzufassen und durch-

---

23 So z.B. Ulrich Mückenberger: „Das Betriebsverfassungsgesetz und die Möglichkeiten einer basisorientierten Betriebsratspolitik“ in: Krise und Gegenwehr, hg. v. R.Duhm und H.Wieser, Berlin 1975, S. 128-159

24 Vgl. z.B. Ernst Wedekind in „links“ 69 und 71 (1975) sowie: Kollegen aus der Arbeiterbildung in: „express“ 5/76, S. 15

25 Um denen, die neuerdings politische Auseinandersetzungen mit dem denunziatorischen Vorwurf „gewerkschaftsfeindlich“ zu krönen sich angewöhnt haben, den Gebrauch ihres Totschlag-Arguments zu erschweren, sei hier das Selbstverständliche noch einmal kargestellt: Die Biedenkopf-Kampagne im Wahlkampf 1976 versuchte die Gewerkschaften mit dem Vorwurf der SPD-Verfilzung in die Richtung unpolitischer Interessenverbände zu drängen. Biedenkopf tat so, als drücke sich in der SPD-Unterstützung durch DGB-Gewerkschafter eine – von ihm als unzulässig angesehene – Politisierung der Interessen der Lohnabhängigen aus.

Die linke Kritik an der SPD-Bindung der Gewerkschaften behauptet dagegen, daß die Gewerkschaften gerade durch ihre Unterordnung unter die sozialdemokratische Regierungspolitik erhebliche Schritte in die Biedenkopfsche Richtung der politischen Neutralisierung getan haben, daß gerade diese SPD-Bindung eine von den erfahrenen Interessen aus-

zusetzen versucht, anders, als wenn sie sich ausschließlich an diesen Interessen und den durch ökonomische Situation und Kampfkraft gegebenen Bedingungen orientieren würde. Daher ist die Vorstellung prinzipiell falsch, daß eine in diesem Sinne das Handeln der gesamten Organisation prägende SPD-Bindung lediglich auf der Ebene miteinander verfilzter Apparate wirksam sei – vielmehr muß die SPD-Bindung *der westdeutschen Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften*, insbesondere das Fortdauern dieser Bindung in der Krise, erklärt werden.

### III. Erklärungen der SPD-Bindung:

#### (I.) Kontinuität des Reformismus – SPD als politischer Arm der Arbeiterbewegung

Die SPD-Bindung ist nach dieser Erklärung Resultat einer von Krisenerfahrungen nur unwesentlich tangierten reformistischen Grundströmung innerhalb der Arbeiterklasse – der Hoffnung auf politisch-parlamentarisch durchzusetzende weitere Verbesserungen der eigenen Lebenslage, verbunden mit der Perspektive einer gerechten, von den Mängeln des gegenwärtigen Kapitalismus befreiten Gesellschaft. Ähnlich wie in der reformistischen Arbeiterbewegung vor 1914 und vor 1933 würden Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei auch heute noch als auf getrennten Gebieten arbeitende Teile derselben, gemeinsame politische Ziele anstrebenden Bewegung verstanden.

Gegen diese Erklärung spricht, daß sich die SPD objektiv und subjektiv von einer reformistischen Partei der Arbeiterklasse zu einer über den Klassen stehenden Partei des sozialen Friedens fortentwickelt hat, und daß diese Wandlung notwendigerweise auch das Verhältnis der Gewerkschaften zur SPD auf eine neue Grundlage stellen mußte. Denn Reformismus und eine spezifische Form der Arbeitsteilung von Partei und Gewerkschaft sind historisch untrennbar verbunden. Ein Kennzeichen des Reformismus ist, daß er die in der bürgerlichen Gesellschaft angelegte Trennung der Sphären in einen vom Verwertungszwang bestimmten ökonomischen Bereich und einen politischen Bereich der Freiheit und Gleichheit akzeptiert und als Organi-

---

gehende Politisierung der Arbeiterklasse verhindern hilft. Selbstverständlich hat Biedenkopf gegen diese disziplinierende Seite der SPD-Bindung nichts einzuwenden, er hätte es nur gern etwas symmetrischer: Nicht mehr Unterordnung der Gewerkschaften unter *eine bestimmte*, sondern unter *alle* staatstragenden Parteien, insbesondere die CDU. – Die SPD hat im Wahlkampf offen damit renommiert, daß sie auf Grund der Bindung der Gewerkschaften an sie die Arbeiterklasse besser disziplinieren könne als die CDU/CSU: Diese könne die Folgebereitschaft der Gewerkschaften nicht garantieren und bedrohe daher den sozialen Frieden. Daß Biedenkopf mit seiner Anti-DGB-Kampagne dieser SPD-These unfreiwillig Belege lieferte, war die *eine* Schwachstelle seiner Kampagne. Die andere Schwachstelle lag einfach darin, daß die Arbeiterwähler Biedenkopfs Verfälschungsthese offenbar für irrelevant hielten, solange sie die SPD-Bindung der Gewerkschaften *inhaltlich* für ihren Interessen entsprechend hielten, vgl. „Spiegel“ 42/1976, S. 128 ff. Hier, und nicht in der Verfälschung, liegt das Problem.

sationsprinzip in die Arbeiterbewegung übernimmt (26). Gewerkschaften und Partei arbeiten jeweils in ihrer Sphäre und organisatorisch getrennt voneinander an Verbesserungen der Lage und der Rechte der Arbeiterklasse. Sie stehen sich als selbständige, gleichberechtigte Organisationen gegenüber und mischen sich im Normalfall nicht in den Zuständigkeitsbereich der anderen Organisationen ein. Wo politische Massenaktionen notwendig werden, müssen sie in gleichberechtigter Zusammenarbeit beider Organisationen beschlossen werden — so das Ergebnis der Massenstreikdebatte 1906. Verbunden sind beide Organisationen durch das gemeinsame politische Ziel der sozialistischen Gesellschaft, durch die Anwendung derselben sozialreformerischen Methoden, vor allem aber durch die gemeinsame Bindung an die Interessen der Arbeiterklasse, die auf ökonomischem und politischem Gebiet jeweils zu anderen Forderungen führen, aber letztlich durch die Stellung des Arbeiters im Produktionsprozeß bestimmt werden.

Das Funktionieren der reformistischen Trennung von gewerkschaftlicher und parlamentarisch-politischer Arbeit ist an Bedingungen gebunden, die eine Zusammenfassung aller Kräfte der Klasse überflüssig erscheinen lassen: Ökonomische Prosperität, in deren Gefolge sich die Lage der Arbeiter schrittweise verbessert, Erfolge der Partei beim Kampf um politische Rechte der Arbeiter, Hoffnung auf eine weitere Stärkung der Arbeiterbewegung. Diese Bedingungen waren vor 1914 in hohem Maße vorhanden.

Generell ist daher das Funktionieren der reformistischen Arbeitsteilung von zwei Seiten her gefährdet: Zum einen dann, wenn die stetige Aufwärtsentwicklung durch ökonomische oder politische Krisen unterbrochen wird und den Gewerkschaften entweder im Zusammenhang der Organisation von Klassenwiderstand oder von krisenlösenden Kooperationskonzepten eine *politische* Rolle zufällt. Zum anderen dann, wenn eine langanhaltende Prosperitätsperiode zu einer vollständigen Auseinanderentwicklung von nur-gewerkschaftlicher und nur-parlamentarischer Arbeit führt und die im Reformismus noch bestehende arbeitsteilige *Einheit* der Arbeiterbewegung sich auflöst.

In der Tat läßt sich die Entwicklung des Verhältnisses von Gewerkschaften und SPD von 1945 bis 1966/67 als Prozeß immer weiterer Ausdifferenzierung der Trennung von „ökonomischem“ und „politischem“ Arm der Arbeiterbewegung ver-

26 Das wird bei Bernstein besonders deutlich: Für ihn sind die Gewerkschaften „das *demokratische* Element in der Industrie“, sie haben „sehr wichtige gewerbepolitische Aufgaben zu erfüllen, die jedoch ihre Omnipotenz in keiner Weise erheischen, noch auch nur vertragen“ (S. 150); für die Partei dagegen ist das Hauptarbeitsfeld parlamentarische Reformpolitik. Beide Organisationen arbeiten getrennt voneinander, sind aber durch das gleiche Ziel der „sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft durch das Mittel demokratischer und wirtschaftlicher Reform“ (S. 196) verbunden. Die Grundstruktur der bürgerlichen Gesellschaft, die Sphärentrennung von Ökonomie und Politik, soll nicht aufgehoben werden: „Die Sozialdemokratie will nicht diese Gesellschaft auflösen und ihre Mitglieder allesamt proletarisieren, sie arbeitet vielmehr unablässig daran, den Arbeiter aus der sozialen Stellung eines Proletariats zu der eines Bürgers zu erheben und so das Bürgertum oder Bürgersein zu *verallgemeinern*.“ (S. 158) Zitate nach Eduard Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, hg. v. G. Hillmann, Reinbek bei Hamburg 1969, Hervorh. Bernstein.

stehen – bis hin zu dem Punkt, an dem sich der politische Arm zur „Volkspartei“ fortentwickelte und sich damit aus der Arbeiterbewegung verabschiedete. In diesem Prozeß lassen sich vier Phasen unterscheiden:

### *1. Phase: Mai bis September 1945; Ansätze zu einer politischen Einheitsgewerkschaft*

In dieser sehr kurzen Phase begann an vielen Orten der Aufbau von örtlichen Einheitsgewerkschaften, deren Aufgaben zum Teil mit den spontan gebildeten antifaschistischen Aktionsausschüssen identisch waren: Antifaschistische Säuberung, Wiedereingangssetzung lebenswichtiger Produktionen, Organisation der Güterversorgung etc.

Zugleich entwickelten sich in einigen dieser Einheitsgewerkschaften, am deutlichsten in der SFG in Hamburg, politische Konzeptionen des Aufbaus einer proletarischen Einheitsorganisation, gemäß denen nicht nur die Spaltung in Sozialdemokraten und Kommunisten aufgehoben werden, sondern die organisatorische Trennung von Gewerkschaft und Partei überhaupt als überwindbar erschien (27). Diese Bewegung wurde im Zusammenspiel von sozialdemokratischen Alt-Funktionären und Militärbehörden relativ rasch zerschlagen; sie entsprach auch keineswegs dem Interesse der Kommunisten, die durch ihre Neukonstituierung als Partei schon am 7.6.1945 einen Beitrag zur Wiederherstellung der traditionellen Spaltung und Trennung leisteten (28).

Zwar war die politische Einheitsgewerkschaftsbewegung der ersten Stunde eher Reflex der Notsituation und der Besatzungspolitik, die örtliche Gewerkschaften früher zuließ als Parteien, denn Ausdruck eines breiten neuen Klassenbewußtseins (29). Gleichwohl trug sie dazu bei, daß auch in der zweiten Phase das Selbstverständnis der Gewerkschaftsbewegung als politischer Organisation nicht vollständig zurückgedrängt werden konnte.

### *2. Phase: September 1945 – 1952:*

#### *Partieller politischer Dualismus von SPD und SPD-beherrschten Gewerkschaften*

In dieser Phase setzten sich die sozialdemokratischen Altfunktionäre zunächst in den Gewerkschaftsapparaten, später auch an der betrieblichen Basis (30) durch. An der Organisationsform der nicht an eine Partei gebundenen Einheitsgewerkschaft wurde zwar festgehalten, aber der politische Gehalt wandelte sich: War mit „Ein-

27 vgl. Ute Schmidt/Tilman Fichter: Der erzwungene Kapitalismus, Berlin 1971, S. 14

28 vgl. Horst W. Schmollinger: „Das Bezirkskomitee Freies Deutschland in Leipzig“ in: Lutz Niethammer u. a. (Hg.): Arbeiterinitiative 1945, Wuppertal 1976, S. 219 ff.

29 vgl. Lutz Niethammer: „Strukturreform und Wachstumspakt“ in: Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung – Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler, hg. v. H. O. Vetter, Köln 1975, S. 335 ff.

30 Dort allerdings unter Ausnutzung kommunistischer Fehler, vgl. Tilmann Fichter/Eugen Eberle: Kampf um Bosch, Berlin 1974, S. 115 ff. und 183 ff.

heitsgewerkschaft“ als Gegenbegriff zu „Richtungsgewerkschaft“ zunächst das Zusammengehen der Anhänger verschiedener politischer Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung, also insbesondere der Sozialdemokraten und Kommunisten, gemeint, so entwickelte sich im Zuge der Ausschaltung der Kommunisten zunehmend ein Verständnis von Einheitsgewerkschaft als Koalition von den staatstragenden Parteien nahestehenden Apparaten mit einem freilich eindeutigen Übergewicht der SPD gegenüber der CDU.

Trotz der SPD-Dominanz blieb jedoch der Anspruch der Gewerkschaften, auch die politische Vertretung der Lohnabhängigen zu sein, gewahrt: Das Münchener DGB-Programm der „Neuordnung“ formulierte umfassender als gleichzeitige SPD-Programme langfristige Zielsetzungen einer reformistischen Politik; in der Mitbestimmungsfrage erwiesen sich die Gewerkschaften 1951 als in der Lage, der bürgerlichen Mehrheit in Parlament und Regierung glaubwürdig und erfolgreich mit einem politischen Streik zu drohen. Selbst in tagespolitischen Einzelfragen bewahrte der DGB demonstrativ seine politische Autonomie gegenüber der SPD, so am deutlichsten bei seiner Zustimmung zu dem von der SPD abgelehnten Schuman-Plan (31).

Andererseits räumten die DGB-Gewerkschaften der SPD die Federführung in allen Fragen ein, die gewerkschaftliche Interessen nicht unmittelbar zu berühren schienen; vor allem aber entwickelten sie keine Strategie zur Durchsetzung ihres umfassenden Neuordnungsprogramms, sondern überließen dies dem Parlament und der im Parlament agierenden SPD. Insgesamt ist diese Phase durch einen partiellen politischen Dualismus von SPD und DGB gekennzeichnet, der sich freilich zunehmend in Richtung auf die Wiederherstellung der traditionellen Arbeitsteilung von nur parlamentarisch agierender Partei und nur tarifpolitisch tätiger Gewerkschaft hinentwickelte. Die endgültige Durchsetzung dieser Arbeitsteilung geschah aber erst im Gefolge der Niederlage der Gewerkschaften in der Frage des Betriebsverfassungsgesetzes 1952.

### 3. *Phase 1952 - 1959: Die klassische Arbeitsteilung als Durchgangsstadium*

Die Niederlage von 1952, bei der die Gewerkschaften ohnmächtig der Verabschiedung eines sozialfriedlichen Betriebsverfassungsgesetzes durch den Bundestag zusahen, führte zu zwei Konsequenzen: Zum einen wurde der Anspruch, eine politische Kraft zu sein, weitgehend aufgegeben und stattdessen Gewerkschaftspolitik auf Tarifpolitik reduziert. Zum anderen wurde durch die Wahl einer unbedingt SPD-loyalen DGB-Führung eine Garantie dafür hergestellt, daß die Gewerkschaften die SPD-Politik nicht mehr durch Querschüsse behinderten (32).

Diese Phase ist gerade deshalb am ehesten der „klassischen“ Arbeitsteilung, wie sie sich im deutschen Reformismus nach der Massenstreikdebatte 1905/06 herausgebildet hatte, zu vergleichen, weil sich in ihr „ökonomische“ Politik der Gewerkschaft

31 vgl. Theo Pirker: Die blinde Macht, Band I, München 1960, S. 213 ff.

32 vgl. Pirker, Band II, S. 34 ff.

ten und parlamentarische Politik der SPD konfliktlos und ohne Versuche des „Übergriffs“ in das Revier der jeweils anderen Organisation nebeneinander bewegten. Weder versuchte die Partei, die Tarifpolitik der Einzelgewerkschaften zu steuern, noch versuchten die Gewerkschaften, durch ihre Politik die SPD in eine bestimmte Richtung zu drängen: Nicht einmal in den 1958/59 geführten Diskussionen um das neue SPD-Grundsatzprogramm artikulierten die Gewerkschafter sich als Fraktion. Die SPD-Herrschaft im DGB diente lediglich dem Zweck, eine Verletzung der Grundsätze dieser Arbeitsteilung zu verhindern. Die Sphärentrennung wurde auch nicht dadurch aufgehoben, daß die Gewerkschaften in jener Phase bei den Kampagnen gegen Remilitarisierung und Atomtod in die Sphäre der Politik „eingriffen“, denn in diesen Kampagnen verhielten sich die Gewerkschaften eher als Hilfstruppen der SPD: Sie trugen die Kampagnen nur, solange auch die SPD es tat, und sie waren zu keinem Zeitpunkt bereit, ihre eigenes gewerkschaftliches Kampfpotential in diese Kampagnen einzubringen.

Die Phase 1952 - 59 entspricht zwar äußerlich der traditionellen reformistischen Trennung von Nur-Gewerkschaftertum und Nur-Parlamentarismus. Gleichwohl ist diese Phase eher als Übergang vom *politischen* Selbstverständnis der Gewerkschaften in der Nachkriegsperiode zu einem *unpolitischen* Selbstverständnis als Vertretung von Partikularinteressen zu verstehen, denn als Blütezeit des Reformismus. Zu Beginn dieser Phase wurde im Agartzschen Konzept der „expansiven Lohnpolitik“, in abgeschwächter Form auch in der IG-Metall-Konzeption der „aktiven Tarifpolitik“, noch versucht, das gewerkschaftliche Handeln als Beitrag in eine reformistische Gesamtstrategie einzuordnen: Tarifpolitik sollte einerseits der Einkommensumverteilung dienen, andererseits, wie im Schleswig-Holstein-Streik 1956, sozialpolitische Veränderungen bewirken. Die Reduktion der Gewerkschaftsarbeit auf als unpolitisch verstandene Tagesinteressen der Lohnabhängigen setzte sich allmählich im Zuge der Erfahrung durch, daß die angestrebten politischen Ziele mit Tarifpolitik nicht erreichbar waren (34), daß aber gleichzeitig sich die Lebenslage der Lohnabhängigen aufgrund der durch zyklische Schwankungen kaum behinderten stetigen Akkumulation des Kapitals ständig verbesserte.

Die gleiche Erfahrung der scheinbar dauerhaften kapitalistischen Prosperität führte auf SPD-Seite zu einer Programm-Diskussion, in deren Mittelpunkt gerade die Forderung nach einer Revision des Selbstverständnisses als politischer Arm der Arbeiterbewegung stand (35). Diese Forderung setzte sich auf dem Godesberger Programmparteitag der SPD mit großer Mehrheit durch. Sie war einerseits Ausdruck und programmatische Absegnung der in den 50er Jahren entwickelten Tendenzen der SPD zur wirtschaftspolitischen Neuorientierung auf die entgegen eigenen Prognosen (36)

---

33 entfällt

34 vgl. Joachim Bergmann, Otto Jacobi und Walther Müller-Jentsch: Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Frankfurt 1975, S. 160 ff.

35 vgl. z. B. Klaus Peter Schulz: Sorge um die deutsche Linke, Köln 1954, und ders.: Opposition als politisches Schicksal, Köln 1958

36 Auf dem SPD-Parteitag 1951 hatte der SPD-Ökonom Eric Nölting noch konstatiert: „Erhards ‚soziale Marktwirtschaft‘ in der Krise“ (S. 49), hatte für „Planwirtschaft“ als

erfolgreiche „soziale Marktwirtschaft“ und zur Aufgabe des Widerstands gegen die CDU-Politik der Westintegration der BRD. Gerade als programmatische Festschreibung dieser Tendenzen und als Ausgangspunkt einer neuen, vom Ballast des antikapitalistischen Reformismus befreiten Politik gewinnt das Godesberger Programm ein Eigengewicht für das Verhältnis von SPD und Gewerkschaften. Es ist der Endpunkt einer Phase, in der die arbeitsteilige Einheit der Arbeiterbewegung sich auflöst: Der „politische Arm“ der Arbeiterbewegung verselbständigt sich vollends.

#### 4. Phase 1959 - 1966:

##### *Vom Godesberger Programm bis zur Konzentrierten Aktion*

Mit der Selbstdefinition als „Volkspartei“ im Godesberger Programm 1959 interpretierte die SPD ihre Wahlniederlagen der 50er Jahre. Der Ruf, eine Arbeiterpartei zu sein, schien ihr schädlich zu einem Zeitpunkt, da die ökonomische Entwicklung bewiesen zu haben schien, daß der Klassengegensatz wenn nicht endgültig gelöst, so doch mindestens nicht mehr virulent genug war, um Grundlage politischer Strategie und Programmatik zu sein.

Im Godesberger Programm wird den Gewerkschaften zwar ein eigener Abschnitt gewidmet, doch werden darin nur ihre verfassungsmäßigen Rechte und historischen Verdienste bestätigt. Abgesehen vom Bekenntnis zur gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderung interpretiert das Godesberger Programm die Ziele der SPD nicht mehr als politischen Ausdruck von Lohnabhängigeninteressen, sondern leitet sie aus überhistorischen und über allen Klassen schwebenden Grundwerten ab. Die Interessen der Arbeiterklasse werden als zwar sehr wichtige, in ihrem Wesen aber *partikulare* Interessen einer Gesellschaftsschicht neben anderen verstanden. Für die SPD galt es, tendenziell alle Partikularinteressen, geleitet von den ethischen Grundwerten, zu Gemeinwohlkonzeptionen zu integrieren. Diese hatten sich einerseits am Primat der Vermeidung gesellschaftlicher Konflikte, andererseits an den Erfordernissen kapitalismusinterner Reformpolitik, also der Abstellung von Funktionsmängeln und Ungerechtigkeiten, zu orientieren. Die SPD wandelte sich programmatisch von einer reformistischen Arbeiterpartei zu einer über den Klassen stehen wollenden Partei des sozialen Friedens. Insofern bedeutete das Godesberger Programm den Abschied der SPD von der Arbeiterbewegung. Das heißt nicht, daß die SPD zugleich aufhörte, überhaupt Arbeiterinteressen politisch zu vertreten. Als Partei des sozialen Friedens nahm sie alle diejenigen (und nur diejenigen) Interessen von Arbeitern auf, die sich, wie am Beispiel der Wachstumsideologie im nächsten Abschnitt gezeigt wird, in kapitalistische Rationalität integrieren lassen.

Trotz ihres grundlegenden Charakters hat die Wandlung der SPD zur „Volks-

---

Lenkungswirtschaft“ plädiert (S. 53) und in klassisch-reformistischer Weise an die Delegierten appelliert: „... aber bitte, vergeßt doch nicht, unsere eigentliche epochale Aufgabe ist die Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem“. Zitate nach: Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland nach 1945, hg. v. O. K. Flechtheim, Bd. III, Berlin 1963

partei“ am Verhältnis der Gewerkschaften zu ihr zunächst wenig geändert. Nur wenige linke Kritiker am Rande der Gewerkschaften zogen die Konsequenz, von den Gewerkschaften nunmehr eine stärkere, von der SPD unabhängige politische Artikulation von Arbeiterinteressen zu verlangen (37). Erst nach 1966 zog der DGB verbal ähnliche Konsequenzen, etwa wenn Heinz O. Vetter (38) den politischen Gestaltungsauftrag der Gewerkschaften damit begründete, daß es seit dem Godesberger Programm eine Arbeiterpartei nicht mehr gebe.

Daß der SPD-Wandel zunächst wenig gewerkschaftliche Reaktionen hervorrief, dürfte zwei Ursachen haben: Zum einen hatten die Gewerkschaften nach ihrem Rückzug auf die Tarifpolitik selber ein Bewußtsein der Partikularität des von ihnen vertretenen Interesses entwickelt, hatten sich zunehmend als Interessenverband neben anderen verstanden. Zum anderen schien die Wandlung zur Volkspartei zunächst nur auf dem Papier zu stehen, weil die SPD als Bonner Oppositionspartei vor 1966 keine Chancen hatte, ihre neue Gemeinwahlkonzeption in für die Gewerkschaften spürbarer Weise in die Tat umzusetzen.

Bezeichnenderweise brach der erste Konflikt zwischen Gewerkschaften und SPD in den 60er Jahren an einer Frage aus, bei der die SPD faktisch mitregierte: an der Frage der verfassungsändernden Notstandsgesetze, für die nur mit Zustimmung der SPD die notwendige Zweidrittelmehrheit im Bundestag erreicht werden konnte. Die Gewerkschaften lehnten die Notstandsgesetze ab, weil sie in ihnen eine Bedrohung demokratischer Rechte, insbesondere eine Beschneidung der Wirkungsmöglichkeiten von Arbeitnehmerorganisationen sahen. Diese aus den Interessen der Lohnabhängigen abgeleitete Position widersprach diametral der SPD-Politik der Sicherung des sozialen Friedens, die den Ausbau der staatlichen Repressionsgewalt für Fälle innerer Unruhen mit einschloß. Der gewerkschaftliche Widerstand war stark genug, um die SPD vor ihrem Eintritt in die Regierung der Großen Koalition an der Zustimmung zu den CDU/CSU-Entwürfen zu hindern. Erst in der Großen Koalition konnte sich die SPD über diesen Widerstand hinwegsetzen.

Die Große Koalition stellte freilich das Verhältnis zwischen der nunmehr als Regierungspartei für die Wirtschaftspolitik verantwortlichen SPD und den mit ihr einkommenspolitisch kooperierenden Gewerkschaften auf eine völlig neue Grundlage, die mit der traditionell-reformistischen Arbeits- und Sphärenenteilung kaum noch etwas zu tun hatte (s. nächster Abschnitt).

---

37 so z. B. Jürgen Seifert: „Zum Verhältnis Parteien-Gewerkschaften in der Bundesrepublik“ in: Arbeitshefte der Sozialwissenschaftlichen Vereinigung, 3 (1964), Nr. 4, S. 19 - 22; nachgedruckt in: Gewerkschaften am Kreuzweg, hg. v. Adolf Brock, Berlin 1973, S. 211 - 216

38 so z. B. in seiner Rede auf dem 3. a. o. Bundeskongreß des DGB am 14.5. 1971 in Düsseldorf, auszugsweise abgedruckt in Gerhard Leminsky/Bernd Otto: Politik und Programmatik des DGB, Köln 1974, S. 66 ff.

## Zusammenfassung

In diesem Abschnitt ging es um die stufenweise Auflösung der spezifisch-reformistischen Form des Verhältnisses von Gewerkschaften und SPD. Es wurde gezeigt, daß innerhalb der SPD und zum Teil auch in den Gewerkschaften das traditionell-reformistische Selbstverständnis durch eine Ideologie abgelöst worden ist, in der die Interessen der Lohnarbeiter nur noch als partikuläre Interessen gegenüber einem als sozialem Ausgleich definierten, von der Volkspartei SPD vertretenen Gemeinwohl gelten könnten. Diese Entwicklung war zwar stets in reformistischer Theorie und Politik angelegt; gleichwohl darf der Unterschied zwischen einer reformistischen Arbeiterpartei und einer „Volkspartei“ wie der SPD nach 1959 nicht übersehen werden: Die erstere versucht das auf Gesellschaftsumwälzung gerichtete Interesse der Arbeiterklasse mit Methoden zu vertreten, die ein hohes Maß an sozialem Frieden ermöglichen; die letztere erhebt den sozialen Frieden – etwa als Schmidtsches „Modell Deutschland“ – zum Ziel um seiner selbst willen, dem sich das Klasseninteresse unterzuordnen hat. Der Weimarer Reformismus und Pluralismus der Sozialdemokratie war, wie Wolfgang Müller gezeigt hat (39), Ausdruck eines bewußten Klassenkompromisses. Der Bonner Integrationsismus der Sozialdemokratie ist dagegen Ausdruck der Vorstellung, im Kapitalismus sei nunmehr das Stadium erreicht, in dem die Interessen von Lohnarbeit und Kapital prinzipiell zusammenfallen und der Interessengruppe der Unternehmer nur noch dort, wo sie sich besonders uneinsichtig und egoistisch verhalte, durch das Gegengewicht der Interessengruppe der Arbeitnehmer sozial- und verteilungspolitische Konzessionen abgetrotzt werden müßten, um sozialen Frieden auf Dauer zu sichern. Während der Reformismus eine politisch-theoretische Orientierung benötigt, die von den Massen und ihren Führern geteilt wird, kommt das Programm des sozialen Friedens damit aus, den Massen unter Verweis auf oberflächliche, aber reale Verbesserungen ihrer Lage (oder auf die optimale Minderung von Verschlechterungen) ein diffuses Vertrauen in die Kompetenz der politischen Führer zu suggerieren. Dem entspricht, daß die SPD und in ihrem Gefolge bis zur Mitte der 60er Jahre auch die Gewerkschaften in der BRD im Gegensatz zu Weimar auf Pflege und Verbreitung von politischer Theorie durch Schulungs- und Bildungsarbeit fast vollständig verzichtet haben.

Alle diese Überlegungen führen zu dem Schluß, daß die gegenwärtige SPD-Bindung der westdeutschen Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften nur zu einem sehr geringen Teil mit dem Fortwirken der Vorstellung von einer reformistischen, arbeitsteilig-einheitlichen Arbeiterbewegung erklärt werden kann. Was weiterwirkt, ist eher eine, freilich bei aktiven Gewerkschaften in besonders hohem Maße vorhandene, von den Inhalten der Politik weitgehend abgelöste, verallgemeinerte Loyalität mit „unserer Partei“. Es ist in diesem Zusammenhang bezeichnend, daß die Versuche einer Wiederbelebung reformistischer Theorie und Politik in der SPD (v. Oertzen, Jungsozialisten) in den letzten Jahren gerade nicht von den Arbeitern und Gewerk-

39 Wolfgang Müller: „Der Pluralismus – die Staatstheorie des Reformismus“ in: Klassenjustiz und Pluralismus, Festschrift für Ernst Fraenkel, hg. v. G. Doeker u. W. Steffani, Hamburg 1973, S. 395 - 424

schaften, sondern von Intellektuellen innerhalb der SPD ausgegangen sind und den Arbeitnehmerflügel der Partei bislang noch nicht für sich gewinnen konnten.

#### IV. Erklärungen der SPD-Bindung:

##### (2.) Vertrauen in die Fähigkeit des SPD-regierten Staates zur Krisenregulierung und Wachstumssicherung

Die Phase 1959 - 66 wurde bisher nur unter dem Gesichtspunkt der Auflösung des Reformismus beschrieben. Ebenso wichtig ist, daß sich damals in der SPD und den DGB-Gewerkschaften gleichzeitig eine neue wirtschaftspolitische Programmatik durchsetzte, in deren Mittelpunkt die Forderung nach einer Erweiterung des staatlichen Regulierungs- und Planungsinstrumentariums im Interesse der Sicherung von Wachstum und Preisstabilität stand. Auf wirtschaftspolitischem Gebiet war das DGB-Grundsatzprogramm von 1963 weitgehend ein konkretisierender Nachvollzug des Godesberger Programms. Es forderte u.a. ein Nationalbudget, das „die notwendigen Orientierungsdaten für die eigenen freien Entscheidungen in den Wirtschaftsbereichen und den Einzelwirtschaften“ liefert (40) und die Erweiterung des staatlichen Instrumentariums mit dem Ziel, die Investitionstätigkeit nach konjunktur- und strukturpolitischen Erfordernissen unter Mitwirkung der Gewerkschaften zu steuern.

SPD und DGB gingen gemeinsam von der Möglichkeit aus, durch eine antizyklische staatliche Politik ein dauerhaftes krisenfreies ökonomisches Wachstum bei relativ stabilen Preisen zu sichern. Unter diesen Bedingungen würde sich der Interessengegensatz von Lohnarbeit und Kapital auf einen relativ störungsfrei abzuwickelnden Verteilungskampf um die Zuwächse reduzieren lassen, in dem die Gewerkschaftsseite auf Grund der staatlich garantierten Vollbeschäftigung zudem noch eine günstige Position auf dem Arbeitsmarkt hätte.

In dieser Konzeption schienen in idealer Weise die von den Gewerkschaften vertretenen Partikularinteressen der Arbeitnehmer mit denen aller anderen Gesellschaftsschichten zu einem technokratischen Gemeinwohlkonzept verbunden zu sein. Es war hier freilich auch der Keim eines konflikträchtigen neuen Verhältnisses von SPD und Gewerkschaften angelegt: Wenn es Aufgabe des Staates ist, durch regulierenden Dauerengriff in die Ökonomie Wachstum und Stabilität zu sichern, dann muß sich dieser Eingriff auch auf die gewerkschaftliche Tarifpolitik richten – sei es, daß während der Vollbeschäftigung die Gewerkschaften daran gehindert werden müssen, ihren Arbeitsmarktvorteil voll auszunutzen, sei es, daß auf dem Tiefpunkt des Zyklus die Investitionsneigung der Unternehmer durch niedrige Lohnkosten gefördert werden muß. Der Verlust an tarifpolitischer Autonomie, wie er ab 1967 in der Konzertierten Aktion eintrat, ist also bereits in die gewerkschaftliche Forderung nach Globalsteuerung einprogrammiert. Von den „Orientierungsdaten“ und „Richtlinien“ des DGB-Programms 1963 zu den de-facto-Lohnleitlinien seit 1967 war es nur ein kur-

---

40 zit. nach Leminsky/Otto, S. 50

zer, vor allem aber: ein logischer Schritt (41).

Dieser Schritt wurde von den Gewerkschaften nach dem Regierungseintritt der SPD in der ersten großen Nachkriegsrezession 1966/67 konsequent vollzogen: Sie arbeiteten – anfangs auch im Vertrauen auf gesellschaftspolitische Gegenleistungen von Staat und Unternehmern (41 a) – in der Konzertierten Aktion mit und richteten ihre Tarifpolitik an der Maxime aus, daß im Aufschwung die Gewinne erheblich stärker steigen müßten als die Löhne. Diese gewerkschaftliche Einbindung in die staatliche Einkommenspolitik stellte das Verhältnis von SPD und Gewerkschaften auf eine im Vergleich zur arbeitsteilig-reformistischen Periode neue Grundlage: Die regierende SPD und die Gewerkschaftsführungen standen sich *jetzt als Kooperationspartner* gegenüber, wobei die SPD das Gemeinwohl repräsentierte und den Gewerkschaftsführungen die Aufgabe zugedacht war, dieses Gemeinwohl in ihren Organisationen durchzusetzen. Innergewerkschaftlich bedeutete die Kooperationspolitik die strukturelle Fixierung eines Gegensatzes zwischen Führung und Mitgliedern: Die Führung gerät notwendig in Widerspruch zu ihrer Mitgliedschaft, sofern diese nicht selbst bereit ist, ihre unmittelbaren lohnpolitischen Interessen den Imperativen der staatlichen Wirtschaftsregulierung unterzuordnen (42).

Eine solche Bereitschaft ist jedenfalls nicht generell gesichert: Mindestens in Situationen davongaloppierender Gewinne (1969) oder trotz Hochkonjunktur durch Inflation bedrohter Reallöhne (1973) reichte die generalisierte Folgebereitschaft gegenüber dem SPD-Gemeinwohl und den ihm verpflichteten Gewerkschaftsführungen nicht aus, um spontane Aktionen der Arbeiter in den Betrieben zu verhindern. Auch wenn diese spontanen Streiks sich keineswegs bewußt und explizit gegen die SPD-Politik richteten, sondern sich nur als Korrektiv gegenüber Fehlentwicklungen einer im Prinzip gebilligten Linie verstanden, hatten sie objektiv „politischen“ Charakter, weil sie den Erfolg der Einkommenspolitik als Bestandteil der

---

41 „Mit dem Düsseldorfer Grundsatzprogramm vom November 1963 hat sich der DGB quasi im Vorgriff auf die ‚neue Wirtschaftspolitik‘ der Bundesregierung der großen Koalition eine zeitgemäße und geschlossene wirtschaftspolitische Plattform geschaffen. Jedoch sind darin keine verteilungspolitischen konkreten Rezepturen oder eine formulierte Einkommenspolitik im engeren Sinne enthalten.“ Heinz Markmann: „Wirtschaftliche Bestimmungsgründe der Lohnbildung aus der Sicht der Gewerkschaften“ in: Lohnpolitik und Einkommensverteilung, Verhandlungen der Tagung des Vereins für Socialpolitik in Berlin 1968, hg. v. H. Arndt, Berlin 1969, S. 756

41 a Rolf Seitzzahl vom WSI des DGB (Gewerkschaften zwischen Kooperation und Konflikt, Frankfurt/Köln 1976, S. 14 - 35) stellt die Motivation der Gewerkschaftsführungen zur Beteiligung an der Konzertierten Aktion sehr differenziert und verständnisvoll dar und weist den Vorwurf einer vorsätzlichen Beschränkung der eigenen Tarifautonomie zurück. In unserem Zusammenhang ist wichtig, daß Seitzzahl die weitere einkommenspolitische Kooperation der Gewerkschaften auch nach der Enttäuschung der in die Konzertierte Aktion gesetzten Erwartungen ausdrücklich auf Appelle „an die Parteiräson und -moral der Gewerkschaften“ zurückführt. Seitzzahl generalisiert diese Erfahrung: „Auch weiterhin dürften mögliche konfliktorische Ansätze in den Gewerkschaften nicht zuletzt auch gegen bestimmte parteipolitische Bindungen und Rücksichtnahmen abzuwägen sein.“ (S. 22)

42 Zur Kooperationspolitik und ihrer Auswirkung auf die innergewerkschaftlichen Strukturen vgl. Bergmann, u. a.: Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Frankfurt 1975

SPD-Regulierungspolitik gefährdeten oder durchkreuzten. Die neue Konstellation der kooperativen Einbindung der Gewerkschaften in die staatliche Einkommenspolitik führte notwendigerweise zu einer Politisierung der scheinbar „nur-ökonomischen“ Lohnpolitik – freilich bisher nur einer Politisierung von oben, der bislang keine gleich ausgeprägte von unten, also die Einsicht, daß ein wichtiges Hemmnis einer an den Arbeiterinteressen orientierten Gewerkschaftspolitik eben in der Unterordnung unter die staatliche Regulierungspolitik besteht, entspricht.

Nur in sehr wenigen Arbeitskämpfen ist es zu einer direkten Konfrontation dieser beiden politischen Linien gekommen, sind Bindungen an die regierende SPD und kämpferische Wahrnehmung der eigenen Interessen von den Kämpfenden selber als Gegensätze erfahren worden. Dies war z. B. beim baden-württembergischen Metall-Streik 1971 der Fall, wie Deppe/Hoß/Herding berichteten, und das Ergebnis der Konfrontation war eher Rückzug aus Rücksicht auf die SPD als Emanzipation von sozialdemokratischen Bindungen (43). Generell scheint Anfang der 70er Jahre die Neigung, einer Konfrontation eigener Interessenpolitik mit der SPD-Politik auszuweichen und Konfliktpunkte zu verdrängen, auch bei kampfbereiten Teilen der Arbeiterklasse weit verbreitet gewesen zu sein (44).

Allerdings haben diese sich nach 1969 entwickelnden Widersprüchlichkeiten einer SPD-gebundenen und daher die im Produktionsprozeß erfahrenen Arbeiterinteressen vernachlässigenden Gewerkschaftspolitik noch nicht die Grundlage der Wachstumsideologie in Frage gestellt.

Im Gegenteil konnte gerade die relativ rasche Überwindung der Krise 1966/67 als Beweis dafür genommen werden, daß es nur der richtigen Männer und der richtigen Methoden in der staatlichen Wirtschaftslenkung bedürfe, um einen „Aufschwung nach Maß“ (Schiller) herbeizusteuern. Joachim Bergmann hat anhand einer Funktionärsbefragung nach den Septemberstreiks 1969 die These zu belegen versucht, daß gerade auch die punktuelle Kampfbereitschaft mit einem vom Vertrauen in die Regulierungskapazität des Staates geprägten Anspruchsbewußtsein einherging, dem auf der anderen Seite eine Bereitschaft zum Zurückstecken in Krisen entsprach (45).

Die aus alledem folgende Erklärung für das Anhalten der SPD-Bindung der westdeutschen Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften wäre demnach so zu formulieren: Die Bereitschaft zur Unterordnung der eigenen unmittelbaren Interessen unter die SPD-Politik ergibt sich nicht mehr aus einer traditionell-reformistischen Bindung an die als politischer Arm der Arbeiterbewegung verstandene SPD, sondern aus der Überzeugung, daß die staatlichen Mittel zur Krisenregulierung und zur Sicherung von Wachstum und Vollbeschäftigung prinzipiell vorhanden seien und daß die

43 Rainer Deppe, Richard Herding, Dietrich Hoß: „Gewerkschaftliche Organisation und politische Orientierung der Arbeiterschaft“ in: Bürgerlicher Staat und politische Legitimation, hg. v. R. Ebbighausen, Frankfurt 1976, S. 391 f.

44 Vgl. Christel Eckart u. a.: „Arbeiterbewußtsein, Klassenzusammensetzung und ökonomische Entwicklung. Empirische Thesen zum instrumentellen Bewußtsein“ in: Gesellschaft – Beiträge zur Marxschen Theorie 4, Frankfurt 1975, S. 42 ff.

45 Bergmann, Joachim: „Neues Lohnbewußtsein und Septemberstreiks“ in: Gewerkschaft und Klassenkampf, Kritisches Jahrbuch 1972, hg. v. O. Jacobi, W. Müller-Jentsch u. E. Schmidt, Frankfurt 1972, S. 171 - 180

SPD diejenige Partei sei, die diese Mittel am effektivsten und gerechtesten einsetzen könne.

Demnach müßte die Erfahrung der Krise ab 1974 diese Grundlagen der SPD-Bindung objektiv ins Wanken gebracht haben. Es zeigt sich, daß

- auch das „modernste“ staatliche Regulierungsinstrumentarium nicht ausreicht, um kapitalistische Krisen zu verhindern oder auch nur das Ende der Krise wie 1967 zu beschleunigen;
- durch die Krisenüberwindung die Vollbeschäftigung nicht wiederhergestellt wurde, weil die staatliche Förderung der Unternehmergewinne nicht zu arbeitsplatzschaffenden Investitionen führte;
- die Krisenfolgen „sozial asymmetrisch“ von den Lohnabhängigen getragen wurden (neben Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit: verschärfte Arbeitsetze, Dequalifikation, Umsetzungen etc., daneben partiell Abbau staatlicher Leistungen).

Insgesamt brachte die Politik gewerkschaftlicher Zurückhaltung keine Verbesserung der Lage der Lohnarbeiter, der Lohn für den Lohnverzicht blieb aus.

Trotz des Zusammenbruchs tragender Bestandteile der SPD-Wachstumsideologie zeigte sich aber keine nennenswerte Tendenz der „Ablösung von der SPD“ in der Arbeiterklasse. Auch in den spektakulärsten Kämpfen gegen Krisenfolgen, etwa Erwitte und Kalldorf, wurde die SPD-Bindung nicht öffentlich thematisiert. Die These: „Die Integration der Arbeiter und Angestellten und ihrer Organisationen wird mit jedem Monat fortschreitender Krise weniger über ein einsehbares, ‚vernünftiges‘ Interesse vermittelt werden können“ (46), hat sich bisher nicht verifizieren lassen.

Das bedeutet nicht, daß die Aktionen der Gegenwehr in der Krise, die Kämpfe gegen Stilllegungen und Entlassungen, die von klassenbewußten Betriebsräten und Vertrauenskörpern entwickelten Gegenstrategien, der Druckerstreik und der zunehmende Widerstand im öffentlichen Dienst gegen Rationalisierung und Intensivierung geringzuschätzen oder als unpolitisch abzutun wären. Worauf es hier ankommt, ist, daß diese Aktionen bisher immer gerade an den Punkten, an denen die Frage einer alternativen, nicht mehr kooperativen Gewerkschaftspolitik sich stellte, an Grenzen stießen, weil eine Verallgemeinerung und Politisierung der Kämpfe zum Teil von den Gewerkschaftsführungen blockiert wurde, zum Teil über die Kräfte der Kämpfenden gegangen wäre.

Die Rechtfertigung der Gewerkschaftsführungen für ihren Verzicht auf die Mobilisierung von Kampf- und Protestpotential in der Krise war die Hoffnung auf Wiederherstellung von Vollbeschäftigung, und damit „normaler“ Bedingungen gewerkschaftlicher Politik, durch staatliches Krisenmanagement.

Dagegen fanden die einzelnen Widerstandsaktionen vor allem in solchen Branchen und Regionen statt, in denen die Hoffnung auf Wiederherstellung der Vollbeschäftigung durch einen kommenden Aufschwung als illusorisch erscheinen mußte – so z.B. bei Stilllegungen in strukturschwachen Gebieten wie Erwitte und Kalletal oder in der Druckindustrie, die in besonderem Maße von arbeitsplatzabschaffenden

---

46 Elmar Altwater/Christel Neusüß in „links“, 10/75, S. 11

Investitionen betroffen war (47).

Aber auch als sich mit der Konjunkturbelebung 1976 herausstellte, daß der Aufschwung nicht zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung führte, blieben sowohl in der Mitgliedschaft als auch in der Führung der Gewerkschaften Tendenzen in Richtung auf eine von der regierenden SPD autonomere Gewerkschaftspolitik schwach und isoliert, zum Teil auch überlagert von der Wahlkampf-Solidarität mit der SPD, die wiederum nicht nur Sache der Gewerkschaftsführungen, sondern auch der Mitglieder Mehrheit war, wie das Wahlergebnis bewies.

Deshalb scheint mir die These, daß die SPD-Bindung der Gewerkschaften vor allem auf dem Vertrauen in ein Wachstum herstellendes sozialdemokratisches Konjunkturmanagement beruhe, für sich genommen fehlleitend zu sein und falsche Erwartungen über einen sich mit verschärfender Krise und Arbeitslosigkeit automatisch vollziehenden Ablösungsprozeß der Arbeiterklasse von der SPD zu wecken. Es ist der SPD derzeit offenbar möglich, das Vertrauen in ihre Fähigkeit zum Krisenmanagement trotz offensichtlicher Nichteinhaltung der in sie gesetzten Vollbeschäftigungserwartungen zu bewahren. Die Ursache scheint mir in einer durch die Erfahrung eigener Ohnmacht in der Krise bei den Lohnarbeitern noch verstärkten generalisierten Staatsfixierung zu liegen (vgl. Abschnitt VI).

## V. Erklärungen der SPD-Bindung:

### (3.) Die These vom instrumentellen Bewußtsein der Arbeiter gegenüber der SPD

Nach dieser These werden „die Traditionsbarrieren im politischen System von instrumentellen Erwartungen aufgeweicht“ (48). Für die Arbeiterklasse sei die SPD nicht mehr Gegenstand einer traditionellen Loyalität, sondern „politisches Instrument“ (49), das unter dem Gesichtspunkt seiner Nützlichkeit bewertet werde.

Die Instrumentalismusthese in der Arbeiterbewußtseinsforschung bezieht sich primär nicht auf Parteien, sondern auf den Inhalt der Arbeit selber: Die Arbeit wird zunehmend weniger als Möglichkeit der Selbstverwirklichung betrachtet, sondern ausschließlich als Instrument zur Sicherung der eigenen Reproduktion; gegenüber den Arbeitsinhalten stellt sich Gleichgültigkeit ein. Eckart u. a. übertragen diese Instrumentalismus-These auch auf das Verhältnis von Arbeitern zu den Begründungen ihrer Forderungen in Kämpfen: Diese Forderungen seien häufig mit austauschbaren „Ad-hoc-Legitimationen“ versehen, bei denen es nicht auf den Inhalt ankomme, sondern auf den Willen, zu kämpfen. Schließlich würden auch Organisationen wie die Gewerkschaften zunehmend instrumentell eingeschätzt – also nach dem konkreten Nutzen, den sie in bestimmten Situationen zu bringen vermögen (50). Bis zu diesem Punkt läßt sich die Instrumentalismus-These durchaus mit Untersuchun-

---

47 vgl. Ursula Schaile: „Der Arbeitskampf der Druckarbeiter in der Tarifrunde 1976“ in Prokla 24 (1976), S. 3 - 25

48 Eckardt u. a., S. 42

49 Deppe u. a., S. 392

50 Eckart u. a., S. 31 ff.

gen zum gegenwärtigen Stand des Arbeiterbewußtseins in Einklang bringen (51).

Dabei muß freilich vor dem Mißverständnis gewarnt werden, daß die Objekte der instrumentellen Orientierung tatsächlich beliebig verfügbare Instrumente in der Hand der Arbeiter seien: Gemeint ist lediglich, daß die Arbeiter alle diese Objekte ohne emotionale Bindung ausschließlich nach konkreten Nutzenerwägungen beurteilen und sich dementsprechend ihnen gegenüber verhalten.

In bezug auf die Bindung an die SPD ist indessen der empirische Nachweis des Instrumentalismus bislang noch nicht geführt worden. Eckart u.a. konstatieren, daß auch bei kampfbereiten Arbeitern das Bewußtsein der eigenen Interessen und die SPD-Loyalität unvermittelt nebeneinander stehen. Sie prognostizieren für den Fall eines offenen Konflikts zwischen eigenem Interesse und SPD-Loyalität „eher einen Rückzug von der politischen auf die ökonomische Sphäre“ (52), nicht aber ein auf reinen Nutzenerwägungen beruhendes Verhalten, das in einem solchen Konflikt für die eigenen Interessen und gegen die SPD-Loyalität ausfallen müßte.

Deppe u.a. interpretieren die Arbeiteraktionen vom April 1972 gegen das CDU-Mißtrauensvotum als Ausdruck des Willens der Arbeiter, „ein politisches Instrument zu verteidigen, dessen Funktion von der eigenen Aktion geprägt wird.“ (53) Hier wird aber eben gerade der Instrument-Begriff zu wörtlich genommen und den Arbeitern die Vorstellung unterstellt, sie könnten die SPD als ihr Instrument *handhaben*. Dafür aber gibt es bei Deppe u.a. und auch sonst in Bewußtseinsuntersuchungen keinen Anhaltspunkt.

Gleichwohl kann die – auf die SPD-Bindung bezogene – Instrumentalismus-These durchaus eine Tendenz bezeichnen, die für eine Durchgangphase des politischen und ökonomischen Arbeiterbewußtseins in der BRD charakteristisch ist: Die bisherigen Grundlagen der SPD-Bindung, Reformismus und Wachstumsideologie, haben sich aufgelöst, an ihre Stelle sind keine neuen Bindungselemente, weder an die SPD noch an eine andere politische Organisation getreten, vielmehr hat sich die Distanz zur Sphäre der staatlichen Politik, der die SPD zugerechnet wird, vergrößert. Die SPD wird tendenziell nach denselben Maßstäben wie jede andere Partei beurteilt. Prinzipiell wird daher ein Wechsel zur Wahl der CDU möglich, sofern diese Partei den Anschein erweckt, ein für die eigenen Interessen nützlicheres Programmangebot zur Handhabung der Staatsgewalt präsentieren zu können. Die SPD-Einbrüche und CDU-Gewinne in Arbeiterregionen Westberlins und Baden-Württembergs bei den Landtagswahlen 1976 deuten in diese Richtung (54). Die Instrumentalismus-These kann auch erklären, warum die Mehrheit der Arbeiter weiterhin SPD und nur eine verschwindende Minderheit DKP wählt: Die SPD verspricht immerhin den Lohnabhängigen eine mildere Auflastung von Krisenfolgen als die CDU/CSU,

---

51 Vgl. z. B. Jürgen Prott: *Industriearbeit und betriebliche Umstrukturierungen*, Köln 1975, S. 341

52 S. 46

53 S. 392

54 Vgl. Horst W. Schmollinger: „Die Berliner Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen vom 2. März 1975: Proteststimmen in der Krise“ in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 6 (1975), S. 446 - 464

und die DKP kommt schon wegen der 5-Prozent-Klausel als Nutzenfaktor auf Bundesebene nicht in Betracht.

Gleichwohl kann die Instrumentalismus-These gerade jenen Punkt nicht erklären, um den es in diesem Artikel geht: Die über den Wahllakt hinausreichende Bindung und Disziplinierungswirkung der SPD auch auf den gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse. Wäre die Haltung der Arbeiter zur SPD *nur* instrumentalistisch, dann müßten sie den betrieblichen und gewerkschaftlichen Kampf gegen Krisenfolgen ohne Rücksicht auf die SPD führen.

Aus all dem folgt: Gerade weil die SPD mehr ist als ein „Instrument“, kann sie die von ihr nach wie vor ausgeübte Bindung des größten Teils der Arbeiterklasse an sich im Interesse ihres Gesellschaftsideals vom sozialen Frieden instrumentalisieren.

## VI. Generalisierte Staatsfixierung als Grundlage der gegenwärtigen SPD-Bindung

Hier soll ein Erklärungsansatz vorgeschlagen werden, für den auf der Ebene empirischen Oberflächenstudiums wie auch auf der Ebene theoretischer Rekonstruktion der Grundlagen von Arbeiterbewußtsein einige Indizien und Argumente sprechen, ohne daß beides schon hinreichend miteinander vermittelt wäre. Meine These ist, daß das Fortdauern der SPD-Bindung vor allem mit einer in der bürgerlichen Gesellschaft von Beginn an angelegten, in der deutschen Geschichte besonders ausgeprägten Staatsfixierung der Arbeiterklasse erklärt werden kann. Damit ist die — durch vielfache Erfahrungen einschließlich Krieg und Faschismus gesättigte — Überzeugung gemeint, daß das Handeln des Staates für die eigene Lebenslage als Arbeiter wesentlich entscheidender ist als alle Formen des eigenen organisierten Widerstands gegen das Kapital. Von dieser Staatsfixierung profitiert zur Zeit noch die SPD. Schließlich ist diese Staatsfixierung insofern „ihr Werk“, als sie seit Lassalle Träger und Beschleuniger der Bindung der deutschen Arbeiterklasse an den bürgerlichen Staat gewesen ist. Prinzipiell aber läßt sich diese Position auch von einer anderen, rechteren Partei besetzen, sofern diese den Anschein erweckt, den Staat effektiver führen zu können.

An Oberflächen-Indizien spricht folgendes für diese These:

1. Die SPD baute im Wahlkampf 1976 mit einer noch nie gekannten Offenheit auf eine von den Inhalten der Politik abgelöste, generalisierte Staatsbindung: Die BRD wurde als bestregierter Staat der Welt dargestellt, Schmidt und seine Unterführer als im Staatsmanagement qualifiziertere Profis präsentiert. Der soziale Friede hängt in dieser Argumentation davon ab, daß die Partei, die über die besten Befriedungsinstrumente, allen voran die kooperative Anbindung der Gewerkschaften, verfügt, an den Schalthebeln der Macht bleibt. Dabei richtet sich das Argument, nur die SPD sichere den sozialen Frieden, nicht nur an die Bourgeoisie, sondern auch an die Arbeiterklasse: Den Arbeitern und den Gewerkschaften wird dafür gedankt, daß sie gerade *keine* konsequente Interessenpolitik betrieben, sondern durch ihr „vernünftiges“ Verhalten einen entscheidenden Beitrag zum Gelingen sozialdemokratischen Krisen-

managements geleistet haben. Die Arbeiter sollen stolz darauf sein, keinen Klassenkampf zu führen (55), und sie sollen SPD wählen, damit sie auch künftig nicht zum Kämpfen gezwungen sind.

Stärker denn je verbindet sich diese Argumentation mit bewußt eingesetzten chauvinistischen Untermalungen, von Schmidts Äußerungen zu Italien und Frankreich bis zu dem anmaßenden Slogan „Modell Deutschland“.

2. Wie im einzelnen schon gezeigt, hat es während der Krise ab 1974 so gut wie keine gewerkschaftliche Politik der Organisierung der Lohnabhängigen zum Widerstand gegen die Krisenfolgen gegeben (Ausnahme: Druckerstreik 1976). Vielmehr erklärten sich die Gewerkschaften für die Probleme, die in der Krise auf die westdeutsche Arbeiterklasse zukamen, für nicht zuständig. Sie verwiesen auf den Staat, in dessen Kompetenz es läge, die Krise zu beseitigen, die Folgen durch Sozialpolitik zu mindern und mit einem neuen Aufschwung auch normale Bedingungen für die Austragung gewerkschaftlicher Tarifikämpfe wiederherzustellen.

Daß die Gewerkschaften bei der Artikulation ihrer Forderungen gegenüber dem SPD-regierten Staat während der Krise sehr zurückhaltend und inkonsequent aufgetreten sind, liegt sicher an der Bindung an die Regierungspartei SPD. Daß sie aber generell eine Politik der Nichtzuständigkeit trieben und dabei kaum auf Widerstand der Mitglieder stießen, kann nur als Ausdruck einer generelleren Staatsfixierung bei Mitgliedern und Führungen interpretiert werden: Der Überzeugung, daß gerade in der Krise, bei Wegfall der Vollbeschäftigung als materieller Grundlage gewerkschaftlicher Politik, die Organisationen der Arbeiter prinzipiell zur Ohnmacht verdammt und vollständig vom Erfolg *staatlicher* Krisenbewältigung abhängig sind (die es dann von Gewerkschaftsseite durch lohnpolitische Zurückhaltung zu unterstützen gilt).

Solche Indizien können die These der Staatsfixierung nicht beweisen, sie liefern nur Hinweise dafür, daß sich in der SPD-Bindung der westdeutschen Gewerkschaften und der Arbeiterklasse gegenwärtig in starkem Maße eine während der Krise durch die Erfahrung eigener Ohnmacht eher noch verstärkte, generalisierte, von *bestimmten* Inhalten der Politik weitgehend abgelöste Erwartungshaltung gegenüber „dem Staat“ ausdrückt.

Diese Hinweise lassen sich auf mehreren Ebenen untermauern:

### *(1.) Die Ebene der gegenwärtigen materiellen Grundlagen der Staatsfixierung*

Die Leistungen des Staates insbesondere auf dem Gebiet der sozialen Sicherung sind in der Tat für die Arbeiterklasse von großer Bedeutung. Die Krisenerfahrung seit 1974 hat das Netz der sozialen Sicherung für die Kurzarbeitslosen nicht zusammenbrechen lassen. Soziale Demontage fand bis zur Wahl 1976 in Form der Marginalisierung statt, d.h. in einer Form, die den Kernbereich der organisierten Arbeiterklasse möglichst unangetastet zu lassen versuchte. Abbau von Sozialstaatlichkeit

55 sozialdemokrat-magazin 8/76 zitiert als Erfolgsausweis Schmidtscher Politik den „Figaro“: „Den Klassenkampf gibt es in der Bundesrepublik nicht mehr.“

trifft zuvörderst Ausländer, Frauen, Jugendliche oder die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und die Studenten, also Gruppen, deren Organisationsfähigkeit als gering eingeschätzt wird oder gegen deren scheinbare Privilegiertheit sich ein Konkurrenzbewußtsein der Industriearbeiter aktivieren läßt. Auf dem Gebiet der Sozialstaatlichkeit hat die SPD aufgrund der praktischen Ergebnisse ihrer sozialpolitisch-reformistischen Tradition einen schwer einholbaren Vertrauensvorsprung gegenüber anderen Parteien, der die Wahlbindung der Arbeiter an diese Partei zumindest im Sinne einer „Kleineres-Übel“-Vermutung im Vergleich zu offenen Unternehmerteilen erklärt.

## (2.) *Die Ebene der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung*

Seit Lassalle ist in der deutschen Arbeiterbewegung eine Tradition der Staatsfixierung, d.h. der Geringschätzung des scheinbar „nur-ökonomischen“ direkten Kampfes der Arbeiter gegen das Kapital und eine Bereitschaft zur Delegation der Arbeiterinteressen auf den als allein „politisch“ angesehenen Kampf um Positionen in Regierung und Parlament verankert. Zwar hat sich in der Frage der Gewerkschaftsgründungen die Marxsche Position gegen die Lassallesche Theorie von der Nutzlosigkeit gewerkschaftlichen Kampfs durchgesetzt, jedoch in Form einer Trennung von „ökonomischer“ und „politischer“ Organisation, bei der die von Marx herausgearbeiteten politischen Momente des gewerkschaftlichen Kampfes verlorengingen (56).

Wie Zoll zeigt, entspricht die Zuordnung des ökonomischen Kampfes zu den Gewerkschaften und des politischen Kampfes zu den Parteien einem „dogmatischen Mißverständnis der Marxschen Theorie im allgemeinen und des Verhältnisses von ökonomischen und politischen Kämpfen im besonderen.“ (57) Denn politischen Charakter erhalten Kämpfe nicht dadurch, daß sie sich auf den Staat richten und von der Partei im Parlament ausgetragen werden, sondern vielmehr durch ihre „Verallgemeinerung zur Konfrontation der Klassen.“ (58) Diese Verallgemeinerung aber kann aus scheinbar nur-ökonomischen Kämpfen entstehen, die durch ihre Wirkung auf die Kapitalistenklasse und durch das sich in Kämpfen verändernde Bewußtsein politischen Charakter annehmen. Rosa Luxemburg hat die Verengung des Begriffs „politisch“ auf das Handeln der Partei – der eine Verengung des gewerkschaftlichen Kampfes auf den ökonomischen Kleinkrieg entspricht – am schärfsten kritisiert: „Die Trennung zwischen dem politischen und dem ökonomischen Kampf und die Verselbständigung beider ist nichts als ein künstliches, wenn auch geschichtlich bedingtes Produkt der parlamentarischen Periode.“ (59)

Solange die Verengung des Begriffs „politisch“ auf die Politik der parlamentarisch agierenden Partei innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung vorherrschte –

---

56 Vgl. Rainer Zoll: *Der Doppelcharakter der Gewerkschaften*, Frankfurt 1976, S. 113 ff.

57 Zoll, S. 113

58 Zoll, S. 117

59 Rosa Luxemburg: *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften*, zit. nach dies.: *Schriften zur Theorie der Spontaneität*, hg. v. Susanne Hillmann, Reinbek bei Hamburg 1970, S. 145

und das gilt bis zum Godesberger Programm — , trug die Sozialdemokratie dazu bei, innerhalb der Arbeiterklasse die Staatsfixierung, d.h. den Verzicht auf eigene Aktion und die Delegation der eigenen Interessen an den Staat, zu befestigen, wobei es gleichgültig ist, ob die Partei die Arbeit der Gewerkschaften, wie vor 1900, als zweitrangig, oder, wie nach der Massenstreikdebatte, als „gleichberechtigt“, aber nicht-politisch ansah.

Diese *reformistische* Staatsfixierung kann freilich nur als historische Vorbereitung der *generalisierten* Staatsfixierung angesehen werden, um die es hier geht. Kennzeichen der generalisierten Staatsfixierung ist ja gerade, daß sie sich *von bestimmten reformistischen* Erwartungen an den Inhalt der staatlichen Politik löst.

### (3.) *Die Ebene der in der Struktur der bürgerlichen Gesellschaft angelegten Staatsillusion*

Der bürgerliche Staat wird für die bürgerliche Gesellschaft notwendig und möglich, weil die Freiheit und Gleichheit der ihre Waren Austauschenden einschließlich der Verkäufer ihrer eigenen Arbeitskraft in der Zirkulationssphäre einer mit Zwangsgewalt durchgesetzten Garantie bedarf und weil die Gesetze der Zirkulationssphäre tatsächlich eine formale Identität der Interessen aller Warenverkäufer an der Sicherung freier und gleicher Tauschbedingungen konstituieren. Das bedeutet zugleich, daß der bürgerliche, auf allgemeinem und gleichem Wahlrecht beruhende Verfassungsstaat sich nur in dem Maße als allgemeine Zusammenfassung der Gesellschaft, als Inkarnation des Gemeinwohls, darstellen kann, in dem es ihm gelingt, die Produktionssphäre, in der die Lohnarbeiter nicht freie Warenverkäufer, sondern verutzte Waren, variables Kapital sind, außerhalb des Bereichs seiner Legitimationsgrundlagen zu halten (60).

Dem historischen Wandel unterliegen die institutionellen Formen, mit denen der bürgerliche Staat sich jeweils gegen die Erfahrung der Arbeiterklasse, im Produktionsprozeß nicht Bürger, sondern Ware zu sein, abdichtet; ebenfalls historischem Wandel unterliegen die Bedingungen, unter denen Lohnarbeiter die Mystifikationen durchstoßen und erkennen können, daß sie objektiv gerade in dem Maße, in dem sie unfrei sind, die Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums sind.

Daraus folgt für die hier aufgestellte These, die gegenwärtige SPD-Bindung der westdeutschen Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften sei in großem Umfang Ausdruck einer Staatsfixierung, daß zu zeigen wäre, auf Grund welcher historischer Bedingungen die westdeutsche Arbeiterklasse gegenwärtig in besonderem Maße dazu neigt, ihre im Produktionsprozeß gemachten Erfahrungen, unfreier Produzent zu sein, zu verdrängen, und stattdessen ihr politisches Verhalten zunehmend an der aus der Zirkulationssphäre resultierenden Erfahrung, freier und gleicher Staatsbürger zu sein, zu orientieren.

60 Vgl. Bernhard Blanke: „Theorien zum Verhältnis von Staat und Gesellschaft“ in: ders., Ulrich Jürgens und Hans Kastendiek: Kritik der Politischen Wissenschaft, 2 Bde., Frankfurt 1975, S. 128 f.

Nach der Theorie des Projekts Klassenanalyse z.B. müßte gerade eine Krise wie die gegenwärtige die Staatsbürger-Mystifikation eher auflösen als bestärken: „Im offenen Ausbrechen der Diskontinuität des Reproduktionsprozesses, in der Krise, fassen sich vorangegangene allmähliche Veränderungen in den sozialen Verhältnissen und Bewußtseinsformen zusammen, zugleich wird in solchen Perioden der allgemeine Charakter des Reproduktionsprozesses durch die Auflösung von mystifizierten, verdrehten Bewußtseinsformen in Frage gestellt.“ (61)

Die Autoren stellen selber fest, daß die gegenwärtige Krise nur in sehr geringem Umfange zur Auflösung von Mystifizierungen geführt habe, vor allem weil sich bei den westdeutschen Arbeitern trotz Krise ein „sehr ausgeprägtes Leistungsbeußtsein“ (62) durchgehalten habe. Gegenüber diesem individuellen Leistungsbeußtsein werde die Politik von Staat und Gewerkschaften als sekundär betrachtet (63).

Dieselbe Umfrage ermittelt aber auch eine gerade in der Krise eher verstärkte als abgeschwächte Prädisposition der befragten Arbeiter für autoritäre staatliche Lösungen der Krise und für die Bereitschaft, gewerkschaftliches Handeln staatlichen Imperativen unterzuordnen (64).

Die Hypothese, die daraus abzuleiten wäre, besagt zunächst nur, daß die Krisenerfahrung unter den derzeit in der BRD gegebenen Bedingungen, insbesondere unter der Bedingung der in der Krise erfahrenen Hilflosigkeit und Zersplitterung der Arbeiter, nicht zu einer Ablösung, sondern eher zu einer Verstärkung der Bindung an den Staat und die regierende SPD führt. Solange sich die SPD im Bewußtsein der Arbeiterklasse mit der Hoffnung auf den Staat als Retter identifizieren kann, wird die SPD-Bindung bestimmend auch weiterhin in die gewerkschaftliche Politik hineinwirken. Die SPD ist derzeit zugleich Nutznießer und Verstärker einer Bewußtseinslage der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften, die durch die Primärerfahrung der Ohnmacht und die daraus gezogene Konsequenz einer zunehmend von den Inhalten staatlicher Politik abgelösten, *generalisierten* Staatsfixierung bestimmt wird.

Diese Hypothese bedürfte der Erhärtung durch empirische Untersuchung; hier konnte nur versucht werden, sie plausibel zu machen.

---

61 Christiane Bierbaum, Joachim Bischoff u. a.: „Bewußtsein der Lohnabhängigen 1975/76“ in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, Sonderheft: Tendenz-Wende? Bundesrepublik 1976, Westberlin 1976, S. 88

62 Bierbaum u. a., S. 92

63 S. 92 und 98; freilich ist der Materialhintergrund für diese These dürftig: Nur auf Grund der Frage, ob es der Bundesrepublik besser ginge, weil a) die Regierungs- und Gewerkschaftspolitik bei uns verantwortungsvoller sei oder weil b) bei uns mehr und besser gearbeitet werde (Antwort der Kategorie „Lohnarbeiter des Kapitals“: a) 16 %, b) 52 %), wird darauf geschlossen, daß die westdeutschen Lohnarbeiter keine besondere Bindung an Regierung und Gewerkschaften entwickelt hätten.

64 Bierbaum u. a. S. 99 f.

## VII. Einige Schlußfolgerungen

Bisher wurde zu zeigen versucht, daß zwar die Grundlagen der Bindung der westdeutschen Gewerkschaften an die SPD einem Wandel unterliegen, daß dieser Wandel aber die Chancen einer „Ablösung“ von der SPD keineswegs mit Notwendigkeit erhöht. Um illusionären Ablösungsthesen entgegenzutreten, wurde die Kontinuität der SPD-Bindung betont.

Daraus darf nicht geschlossen werden, daß die Folgebereitschaft der westdeutschen Arbeiterklasse gegenüber einer die Arbeiterinteressen zunehmend offener mißachtenden SPD-Regierungspolitik unbegrenzt sei und die Möglichkeiten einer sich von kapitalistischer Systemrationalität befreienden gewerkschaftlichen Klassenpolitik wegen der in der Krise noch zunehmenden Staatsfixierung immer geringer würden. Vielmehr gilt es, genauer und illusionsloser als bisher die Widersprüche zu analysieren, in die eine SPD-Politik, die ihre Stärke weitgehend aus einer Zersplitterung der Arbeiterklasse bezieht, und eine dieser Politik folgende Handlungsweise der Gewerkschaften geraten muß. Aus der Analyse dieser Widersprüche sollten sich dann Ansatzpunkte für eine an den Klasseninteressen orientierte gewerkschaftliche Strategie entwickeln lassen. Dazu können in dieser Schlußbemerkung allerdings nur punktuelle Hinweise formuliert werden.

Zur Klarstellung sei zuvor betont, daß die bislang zu analytischen Zwecken nebeneinander gestellten Erklärungen der SPD-Bindung der Gewerkschaften zugleich historische Phasen der westdeutschen Nachkriegsentwicklung charakterisieren, die nicht nur aufeinander folgen, sondern jeweils Elemente der vorangegangenen Phasen in sich aufnehmen. Die Phase der reformistischen Arbeitsteilung im Rahmen einer sich als einheitlich verstehenden Arbeiterbewegung, die in den 50er Jahren zu Ende ging, legte die Grundlage für noch heute bestehende emotionale Bindungen an die SPD (und für die bis heute prägende gemeinsame politische Sozialisation wichtiger Führungsgruppen von Gewerkschaften und SPD), zugleich aber auch für den nahtlosen Übergang zur keynesianischen Ideologie staatlich gemanagten Wachstums. Die instrumentalistische Haltung gegenüber der SPD ist ein Ergebnis der Desillusionierung in bezug auf die staatliche Management-Kapazität und der Auflösung der reformistischen Einheit von Gewerkschaft und Partei. Die verstärkte generalisierte Staatsfixierung aus Ohnmacht und Hilflosigkeit ist auch darauf zurückzuführen, daß in der BRD lange vor Ausbruch der Krise 1974 jede auch nur reformistische Alternativ-Perspektive zur kapitalistischen Gesellschaft aus dem Bewußtsein der Massen verdrängt worden ist. Die hier vorgetragene These sagt nicht, daß die SPD heute allein auf Grund dieser generalisierten Staatsfixierung ihre Bindungswirkung auf die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften ausübt, sondern nur, daß diese Staatsfixierung in der BRD gegenwärtig ein besonderes Gewicht erhält, weil in der Krise auf Grund vorangegangener Entpolitisierungsprozesse der Gewerkschaften die Perspektive kollektiver Gegenwehr weitgehend verschüttet worden und die Erfahrung der Ohnmacht des unter besonderem Konkurrenzdruck vereinzelt Lohnabhängigen übermächtig geworden ist.

Die Widersprüche, die sich bei einer Fortsetzung dieser Politik für die SPD und

die SPD-gebundenen Gewerkschaften ergeben, liegen für beide Organisationen auf verschiedenen Ebenen.

### 1. Die SPD

Diese Partei gerät in die Gefahr, den eigenen Machtverlust und die Machtübernahme offen reaktionärer, zu staatlicher Repression auch gegen Teile der SPD entschlossener politischer Kräfte vorzubereiten, wenn sie ihre Regierungspolitik der Erzeugung von Ohnmacht, der kooperativen Disziplinierung der Gewerkschaften und der Entmutigung von Widerstand der von den Krisenfolgen Betroffenen fortsetzt. Andererseits wird die SPD durch die innere Logik ihrer Regierungspolitik verschärft gerade auf diesen Kurs gedrängt.

Denn auf Grund der krisenbedingten Verringerung der Staatseinnahmen kommt sie zunehmend in das Dilemma, auch die von ihr selbst schon heruntergeschraubten Erwartungen in den Bereichen der sozialen Sicherung und der Beschäftigungspolitik, ganz zu schweigen von „inneren Reformen“, immer wieder enttäuschen zu müssen. Sie wird damit gerade bei denjenigen Wählern zunehmend ungläubig, denen sie sich bei der 76er Wahl noch als effektive und relativ soziale Krisenmanagement-Partei präsentieren konnte, wie sich an den Rentenauseinandersetzungen Ende 1976/Anfang 1977 zeigte.

Angesichts dieser Perspektive bietet sich für die regierende SPD eine Politik, die auf eine Verschärfung der vorhandenen Spaltung der Krisenbetroffenen setzt, als nächstliegender Ausweg an: Unter der Maxime, daß „alle Opfer bringen müssen“, gälte es, die krisenbetroffenen Gruppen gegeneinander auszuspielen: Arbeitende gegen Rentner, Lohnarbeiter des Kapitals gegen die des öffentlichen Dienstes, Deutsche gegen Ausländer, Arbeitende gegen Arbeitslose, Arbeiter umweltschädigender Industrien gegen Umwelt-Demonstranten etc. Diese durch den Staat zwar nicht hervorgebrachte, aber durch seine Sozial- und Subventionspolitik und seine Funktion als Arbeitgeber durchaus verschärfbaren Spaltungen lassen sich für eine Politik des Krisenmanagements durch gleichmäßige Verteilung von „Opfern“ nutzbar machen, wenn es gelingt, die „Opfer“ nacheinander nur einer jeweiligen Minderheitsgruppe aufzubürden, die allein keinen effektiven Widerstand zu leisten vermag und die keine Solidarität bei anderen, jeweils gerade nicht betroffenen Gruppen findet.

Eine solche staatliche Spaltungs- und Verohnmächtigungsstrategie läge durchaus auf der Linie des pervertierten „Solidaritäts“-Begriffs in dem 1975 vom Mannheimer SPD-Parteitag beschlossenen „Orientierungsrahmen '85“. Dort wird „Solidarität“ überwiegend als Gemeinschaftlichkeit aller Gesellschaftsmitglieder und Klassen verstanden, basierend auf der „Notwendigkeit gesellschaftlicher Arbeitsteilung und Zusammenarbeit“ (1.2.). Folgerichtig erhält im OR '85 der „Grundwert der Solidarität“ vor allem dann „besondere Bedeutung“, wenn es um die Abwehr „gruppenegoistischer Erpressungsversuche“ geht; die „Solidarität“ soll hier dem Staat gelten, der diese Abwehr „kraftvoll“, mit „Autorität“ und „harten Maßnahmen“ durchzuführen hat (2.4.8.) (65).

65 zit. nach P. v. Oertzen, H. Ehmke, H. Ehrenstein (Hg.): Orientierungsrahmen '85, Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 6 und 27

Auch in Helmut Schmidts Regierungserklärung vom Dezember 1976, vom Parteivorstandorgan „sozialdemokrat-magazin“ als „Programm für eine solidarische Politik“ bezeichnet, steht „Solidarität“ als Synonym für die Kooperation aller Gesellschaftsgruppen miteinander und mit dem Staat: „Die Idee der Solidarität kann nur dann eine bindende Kraft bleiben, wenn wir die Initiative einzelner Mitbürger, von Gruppen und Verbänden einerseits und staatliches Handeln andererseits kombinieren.“ (66)

Die gegenwärtige SPD-Regierungspolitik läuft darauf hinaus, die Enttäuschung von Erwartungen und die Verschlechterung der Lebenslage gleichmäßig, also „solidarisch“, auf alle Gesellschaftsschichten – unter Ausklammerung der durch hohe Profite zur Investition anzureizenden Unternehmer – zu verteilen. Dabei kommen freilich nicht SPD-gebundene Gruppen wie z. B. die Ärzte, die höheren Beamten und die leitenden Angestellten schon wegen ihres Rückhalts in der FDP kaum als Mit-Träger der „Opfer“ in Betracht, so daß die „solidarische“ Übernahme der Krisenbelastungen allein den künftigen, gegenwärtigen und ehemaligen Lohnabhängigen zufällt. Die „solidarische Politik“ der Schmidt-Regierung hängt in ihrem Erfolg letztlich davon ab, inwieweit es ihr gelingt, die verschiedenen Schichten dieser Lohnarbeiter voneinander zu isolieren und an der Entwicklung einer wirklichen, nämlich klassenbezogenen Solidarität zu hindern.

Hier kann nur angedeutet werden, daß eine solche Politik langfristig den Weg für eine Hinwendung der Enttäuschten zu den Rechtsparteien bereiten kann. Es wäre die Hypothese empirisch zu untersuchen, daß die Bereitschaft von Teilen der Arbeiterklasse zur Wendung nach rechts davon abhängt, ob die jeweilige Gruppe noch die Möglichkeit erfolgreicher kollektiv-solidarischer Aktion sieht, oder ob in ihr Haltungen der Ohnmacht, des individuellen Ausgeliefertseins an Unternehmer und Staat und der individuellen Konkurrenz überwiegen.

## 2. Die Gewerkschaften

Eine Fortführung der SPD-Gefolgschaft und der Fixierung auf den SPD-regierten Staat bringt für die Gewerkschaften die Gefahr eines Funktionsverlustes der Organisation. Eine weitere Unterwerfung unter nicht mehr reallohnsichernde staatliche Lohnleitlinien, eine weitere Blockierung der Versuche, den Widerstand der krisenbetroffenen Arbeiter, Angestellten und Arbeitslosen politisch wirksam zusammenzufassen, eine weitere Konzentration auf die Rolle einer pressure-group, die von der Regierung Gesetze und Maßnahmen fordert, ihr eigenes Kampfpotential aber dabei nichts ins Spiel bringt – all dies führt letztlich dazu, die Lohnabhängigen ihrer in Krisen noch verstärkten Konkurrenz zu überlassen, ihre Ohnmachtserfahrung zu bestärken und ihre Fixierung auf den Staat und seine sozialpolitischen und repressiven Zersplitterungsstrategien zu verfestigen.

Umgekehrt sind die Gewerkschaften die einzigen Organisationen der Arbeiterklasse, die diesen Zersplitterungs- und Verohnmächtigungsstrategien entgegenwirken können. Als Zusammenfassung der Lohnarbeiter gegen das Kapital verfügen die

---

66 „sozialdemokrat-magazin“ 1/1977, S. 9

Gewerkschaften über einen großen Erfahrungsschatz in der Aufhebung der vom Kapital gesetzten Konkurrenz verschiedener Teile der Lohnabhängigen gegeneinander, wengleich sie in Krisen nie verhindern können, daß die verschärfte Arbeiterkonkurrenz auch auf ihre Aktivität durchschlägt.

Selbst wenn die Gewerkschaften aber aus Macht- und Hilflosigkeit objektiv eine Politik der Verschärfung der Lohnarbeiterkonkurrenz mitvollziehen (67), bleiben sie als Organisation darauf angewiesen, Trennungen unter den Lohnabhängigen zu überwinden und ein möglichst hohes Maß an gemeinsamer Handlungsbereitschaft verschiedener Gruppen ihrer Mitglieder herzustellen (68).

Das entscheidende Problem für die westdeutschen Gewerkschaften, insbesondere ihrer Führungen, liegt daher darin, ob sie weiterhin aus „Solidarität“ mit (und im Sinne) der regierenden SPD deren die Solidarität der Gewerkschaftsmitglieder und damit die Basis gewerkschaftlicher Organisation zerstörender Politik mitmachen wollen.

Die Gefahr eines Funktionsverlustes der gewerkschaftlichen Organisation für die Mitglieder, insbesondere bei einer staatliche Lohnleitlinien nur nachvollziehenden Tariflohnpolitik, wird im DGB durchaus gesehen. Rolf Seitenzahl z. B. zieht aus der lohnpolitischen Stagnation die Konsequenz, eine Ausweitung der Gewerkschaftsaufgaben auf Verbraucher- und Umweltpolitik und eine umfassende, gesellschaftspolitisch gestaltende Anwendung des Instruments Tarifvertrag zu fordern (69).

Solche Konzeptionen leiden freilich unter dem Mangel, den als „traditionell“ angesehenen Bereich der Lohnpolitik abzuschreiben – also die einkommenspolitische Einbindung der DGB-Gewerkschaften als Kernbereich ihrer Lähmung für unänderlich zu erklären – und dann neue, angeblich „politische“ Aufgaben ins Blaue hinein zu definieren. Dabei wird dann leichtin übersehen, daß schon die bisherige, SPD-gebundene und staatsfixierte Gewerkschaftspolitik durchaus gesamtpolitische Funktionen, nämlich der Disziplinierung und Demobilisierung von Widerstand, erfüllt hat.

Das Dilemma der DGB-Gewerkschaften, bei weiterer Gefolgschaftstreue gegenüber der Regierung ihre Interessenvertretungsfunktion zu verlieren, gleichzeitig aber sich von der Solidarität zur Regierung nicht lösen zu können, hat Heinz Oskar Vetter in seiner Interview-Serie vom Dezember 76/Januar 77 am deutlichsten demonstriert. Ausgehend von der Erkenntnis, daß die lohnpolitische Zurückhaltung der Jahre 1975 und 1976 nicht zu dem erwarteten Abbau der Arbeitslosigkeit geführt hat, drohte Vetter zunächst eine „Konfrontation“ (70) mit der Regierung an, sofern sie nicht bald Maßnahmen zum Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit ergreife. Diese Attacke verstärkte Vetter noch in seinem „Spiegel“-Inter-

67 vgl. Funke/Neusüss in PROKLA 19 - 21

68 Gerade die DGB-Gewerkschaften haben durch die Organisationsprinzipien der Einheitsgewerkschaft und der Industriegewerkschaft („Ein Betrieb, eine Gewerkschaft“) einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung der Spaltungen der Lohnarbeiter geleistet, wenn sie auch im Kern Facharbeitergewerkschaften geblieben sind.

69 Seitenzahl, Kap. 6 - 8 und passim

70 „Welt der Arbeit“ 52/1976, S. 1

71 „Spiegel“ 52/1976, S. 21

view vom 27.12.1976 (71), in dem er der neuen Bundesregierung vorwarf, den DGB sowohl bei der Bestellung des Arbeitsministers wie auch bei der Einigung über das Wahlrecht im Rahmen der neuen Mitbestimmungsgesetze übergangen zu haben. Im letzten Punkt wollte Vetter sogar die Möglichkeit eines Streiks gegen die Regierung nicht ausschließen. Am 1. Januar ließ Vetter dann in einem Interview mit Springers „Welt am Sonntag“ (72) die Möglichkeit einer Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich durchblicken, was ihm Beifall von Seiten der FDP und der Evangelischen Laien eintrug, zugleich aber auf scharfen Protest der IG Metall und der ÖTV stieß.

Partiell zog Vetter in der Tat Konsequenzen aus dem gewerkschaftspolitischen Mißerfolg der lohnpolitischen Zurückhaltung in der Krise und der Rücksichtnahme auf die SPD: Er ging verbal auf größere Distanz zum SPD-Regierungslager. Aber dabei wurde die Fixierung auf den Staat als für die Arbeitslosigkeit alleinzuständige Institution nicht aufgegeben; die Möglichkeiten der Entfaltung eigener Kampfkraft der Gewerkschaften blieben unausgesprochen. Auch der Vorschlag einer Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich war letztlich nur Reflex einer unüberwundenen Staatsfixierung, einer „Gemeinwohl“-orientierten Haltung, nach der die Belastungen der Krise gleichmäßiger auf Arbeitende und Arbeitslose verteilt werden müßten.

Veters Vorschlag, der auf Reallohnkürzung als gewerkschaftliches Programm hinauslief, blieb freilich in solch einem Umfang hinter den immer noch bestehenden Widerstandsmöglichkeiten der Einzelgewerkschaften zurück, daß auch Gewerkschaftsführer, die sich in ihrer SPD-Treue von Vetter nicht überbieten lassen, zum Protest genötigt waren.

Veters Interview-Serie zeigt zweierlei:

- Zum einen bleiben verbale Distanzierungen der Gewerkschaftsführer von der SPD-Regierungspolitik wirkungslos, solange dabei nicht zugleich auch die Illusion, der SPD-regierte Staat könne die Arbeitslosigkeit beheben, aufgegeben wird;
- Zum zweiten läuft eine gewerkschaftliche Kritik an der SPD-Regierungspolitik solange ins Leere, wie die Gewerkschaften sich nicht auf die Möglichkeit eigener kollektiver und solidarischer Interessenwahrnehmung gerade auch in der Krise rückbesinnen.

*Wer (wie Vetter) den Problemdruck der Arbeitslosigkeit erkennt und dennoch nur in dubiose Vorschläge für eine bessere Regierungspolitik der SPD flüchtet, verkennt, daß die westdeutschen Gewerkschaften nur so stark sein können, wie sie den solidarischen Widerstand der krisenbetroffenen Lohnarbeiter zu organisieren vermögen. Jede Politik der Suche nach einem „stärkeren Partner“ im Staatsapparat muß die Gewerkschaften dagegen in eine Situation führen, in der sie nur ihre eigene Ohnmacht mitverwalten und verstärken können.*

---

72 „Welt am Sonntag“ vom 1.1.77